

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando
 Vierteljährlich 3.50 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Sob-
 skribentent: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Abdruck für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Norweg,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

ersch. 1916.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Donnerstag, den 27. Januar 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

San GIOVANNINE DI MEDUA von den Italienern geräumt.

Englische Reichszollverbandspläne.

Je mehr im Verlaufe des Krieges die englische Handels-
 bourgeoisie erkennen muß, daß ihr hauptsächlichstes Kriegsziel,
 die Vernichtung der deutschen Handelskonturrenz, sich nicht so
 leicht durchführen läßt, wie sie zu Beginn des Krieges an-
 genommen hat, desto ungestümer drängt sie die englische Re-
 gierung zur Anwendung energischerer Kampfmittel. Zu diesen
 Mitteln gehört in erster Linie eine Ausdehnung der Waren-
 warenliste auf alle Artikel, die Deutschland im jetzigen Kriege
 nützen und seine Widerstandskraft stärken könnten, zweitens
 die Behinderung des deutsch-schwedischen und deutsch-dänischen
 Schiffsverkehrs auf der Ostsee durch eine streng durchgeführte
 Blockade der deutschen Ostseeküste. Tatsächlich soll diese
 „regelrechte Blockade“, wie amerikanische Blätter melden,
 bereits von der englischen Regierung in Aussicht genommen
 und eine darauf bezügliche königliche Verordnung binnen
 kurzem zu erwarten sein.

Aber nach Auffassung der Geschäftsbourgeoisie Englands
 genügt es nicht, durch Abschneidung der Lebensmittel- und
 Rohstoffzufuhr Deutschland zur Unterwerfung zu zwingen, es
 muß auch verhindert werden, daß Deutschland sich nach dem
 Kriege bald wieder erholt und seine Handels- und Schiffsfahrts-
 konkurrenz von neuem aufnimmt. Dieser Zweck soll dadurch
 erreicht werden, daß nach dem Kriege den deutschen Handels-
 schiffen die englischen und französischen Häfen verschlossen
 werden. Nach Meldung amerikanischer Blätter ist nämlich dem
 Staatsdepartement der Vereinigten Staaten die vertrauliche
 Nachricht zugegangen, zwischen England und Frankreich werde
 ein Abkommen verhandelt, wonach auch künftig (das heißt
 nach Friedensschluß) keinem deutschen Handels-
 schiff erlaubt sein solle, in einen britischen
 oder französischen Hafen einzulassen.

Kun wird zwar vieles nicht so heiß geessen, wie es auf-
 geflucht wird, ob die englische Geschäftsbourgeoisie ihre schönen
 Pläne durchzuführen vermag, hängt nicht nur von ihrem
 Willen ab, auch der Ausgang des Krieges wird dabei ein ent-
 scheidendes Wort mitsprechen. Für die heutige Stimmung
 unter einem großen Teil des geschäftstreibenden wohlhabenden
 englischen Bürgertums und seine Absichten sind diese Vorgänge
 jedoch immerhin kennzeichnend.

Wichtiger als diese englischen Vernichtungspläne ist das
 Wiederaufleben der Zollvereinigungsbewegung in England,
 das Wiederaufkommen jener Forderung eines Zusammenschlusses Englands mit seinen
 Kolonien zu einer Art britischer Reichszollvereinigung, für die
 zu Beginn des laufenden Jahrhunderts Joseph Chamberlain
 und sein Anhang eine höchst energische Agitation betrieben
 haben. Wie sehr diese Forderung der „Imperial Federation“
 bereits aufs neue Wurzel zu schlagen beginnt, beweist am
 besten die Verhandlung des englischen Unterhauses am 10. d. M.
 Das konservative Parlamentsmitglied William A. S. Hewins,
 früher Professor der Volkswirtschaft an der Londoner Uni-
 versität und einer der Hauptknappen Chamberlains, stellte
 dort folgenden Antrag:

„Um die Macht der Verbündeten zwecks Fortführung des
 Krieges zu vermindern, soll die Regierung sofort mit den Re-
 gierungen der selbständigen Kolonien in Beratung eintreten, damit
 sie mit deren Hilfe die gesamte Wirtschaftskraft des Reiches und
 die unsere Verbündeten zusammenziehen läßt in einer gegen den
 Feind gerichteten Politik.“

Zur Begründung führte Hewins aus, Deutschland be-
 ginne bereits seine Wirtschaft für die Zeit nach dem Kriege
 zu organisieren. Es nütze die Hilfsquellen der von den
 deutschen Truppen besetzten feindlichen Gebiete aus und stelle
 ihre Rohstoffbestände und Produktionskräfte unter staatliche
 Aufsicht. Unter Deutschlands Leitung sei bereits ein neues
 Wirtschaftsreich im Entstehen begriffen: ein mitteleuropäischer
 Zollverein. Deshalb müsse auch England sich mit
 seinen Kolonien zollpolitisch zusammen-
 schließen usw.

Doch nicht Hewins Antrag ist das Bedeutsamste, sondern
 daß dieser sowohl bei den Konservativen und Unionisten, als
 auch bei manchen Liberalen Zustimmung fand und sogar im
 Unterhaus die Wiederbelebung der Navigationsakte,
 das heißt die Sperrung der britischen Häfen für die deutsche
 Schifffahrt (wohlverstanden für die Zeit nach dem Kriege),
 verlangt wurde. Selbst der liberale Handelsminister Runciman,
 bisher einer der engagiertesten Freihändler, vergah seine ganze
 Freihandelsästhetik und erklärte, er wäre nicht gegen einen
 britischen Zollverein oder einen Zollbund Englands mit seinen
 Verbündeten, wenn die wirtschaftliche Lage eine solche Ver-
 einigung nötig machen sollte; jedenfalls werde man
 nach dem Kriege nicht mehr Deutschland die
 gleichen Vorteile gewähren, wie bisher; die

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 26. Januar 1916. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Franzosen versuchten durch eine große Zahl von
 Gegenangriffen die ihnen entziffenen Gräben östlich von
 Neuville zurückzugewinnen. Sie wurden jedesmal,
 mehrfach nach Handgemenge, abgewiesen.

Französische Sprengungen in den Argonnen verschütteten
 auf einer kleinen Strecke unseren Graben, bei Höhe 285
 nordöstlich von La Chalade besetzten wir den
 Sprengtrichter, nachdem wir einen Angriff des Feindes
 zum Scheitern gebracht hatten.

Marinefliegzeuge griffen militärische Anlagen
 des Feindes bei La Panne, unsere Heeresfliegzeuge die
 Bahnanlagen von Loos (südwestlich von Dignunde) und von
 Béthune an.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 26. Januar. (B. L. B.) Amtlich wird ver-
 lautbart: 26. Januar 1916.

Russischer Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am Bozener Brückenkopf nahmen unsere Truppen
 in den Kämpfen bei Osilavija einen Teil der dortigen
 feindlichen Stellungen in Besitz; hierbei fielen
 eintausendeinhundertsebenundneunzig dar-
 unter fünfundvierzig Offiziere und zwei
 Maschinengewehre in unsere Hände. Auch an meh-
 reren anderen Stellen der Isonzofront nahm die Gefechtsstätigkeit
 zu. Angriffe und Annäherungsversuche der Italiener gegen
 die Foggora, den Monte San Michele und unsere Stellungen
 östlich von Ronfalcone wurden abgewiesen. Unsere Flieger be-
 segelten Unterlande und Magazine des Feindes in Borgo und Ma
 mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Die Vereinbarungen über die Waffen-
 fregung des montenegrinischen Meeres wurden gestern um
 6 Uhr abends von den Bevollmächtigten der mon-
 tenegrinischen Regierung unterzeichnet. Die
 Entwaffnung geht ohne Schwierigkeiten vor sich und wurde auch
 auf die Bezirke von Kolaska und Andrijevicia ausgedehnt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
 von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Reisbegünstigungsklausel hätte ihre einstige
 Berechtigung verloren.

Eine recht niedliche Schwelgerei für einen Freihändler
 von den Qualitäten eines Runciman. Es scheint sich da be-
 züglich der Freihandelsfrage im modernen England eine äh-
 nliche Wandlung zu vollziehen wie in der Frage der Wehr-
 pflicht und des Militarismus. Neu ist freilich, wie schon
 gesagt, die Forderung eines zollpolitischen Zusammenschlusses
 Englands mit seinen Kolonien nicht. Schon im Jahre 1884
 bildete sich zur Propagierung dieses Gedankens die
 „Imperial Federation League“, und im nächsten
 Jahre forderte bereits die Londoner Handelskammer die Re-
 gierung auf, die Frage einer Zollvereinigung mit den Kolonien
 in Erwägung ziehen und deren Regierungen zur Ausherrung
 hierüber veranlassen zu wollen. Die Bewegung bewirkte, daß
 das Kolonialamt tatsächlich die Kolonien zur Ausherrung über
 die Zollvereinsfrage aufforderte und im April 1887 in London
 eine Konferenz herbeiführte, zu der die wichtigsten Kolonien
 Vertreter entsandt hatten. Die Frage der „Imperial
 Federation“ (Reichsvereinigung) wurde zwar als nicht
 spruchreif aus der Erörterung ausgeschieden, doch erklärten
 sich die meisten Delegierten für einen Zollverband, der Eng-
 land auf seinen Kolonialmärkten bestimmte Vorzugszölle
 sichere.

Damit war die Bewegung für die „Imperial Federation“
 jedoch keineswegs beendet. Joseph Chamberlain, der englische
 Kolonialminister, nahm im Jahre 1908 die Agitation für
 diesen Plan energisch wieder auf und versammelte bald um
 sich eine stattliche Anhängerschaft. Damals (im September
 1908) erschien in der „National Review“ unter dem Titel
 „The Economics of the Empire“ (Die ökonomischen Verhältnisse
 des Reiches) ein 106 Seiten langer Artikel, der Chamberlains

Ansichten klar entwickelte und allgemeines Aufsehen erregte.
 Es wurden dort nach einer gründlichen Erörterung der Handels-
 entwicklung Englands, Deutschlands und der Vereinigten Staaten
 von Amerika in den Jahren 1872 bis 1902 unter anderem
 folgende Leitsätze aufgestellt:

„Die Interessen des Mutterlandes (Englands) erfordern, daß
 sein Austausch von Industriewaren gegen Nahrungsmittel und Roh-
 stoffe weiter ausgedehnt wird.“

Das Interesse der Kolonien erfordert die Bevorzugung britis-
 cher Fabrikate, damit das Mutterland, das den größten Verbrauch
 von eingeführten landwirtschaftlichen Produkten in der Welt hat,
 andererseits die Entwicklung der kolonialen Produktion zu fördern
 vermag.

Der Bestand und die Sicherung des Reiches erfordert, daß es
 sich möglichst mit allem zum Gebrauch nötigen selbst versorgt,
 und zwar nicht nur so weit als möglich, sondern auch so-
 bald als möglich.

Das Problem der Reichsmacht ist ein Problem der Reichs-
 wirtschaft, und der einzige zweckmäßige Weg, der zur wirklichen
 Einheitlichkeit unseres politischen Verteidigungssystems — unter
 Wahrung vollster Freiheit der Selbstverwaltung und der Handels-
 entwicklung für alle Teile — führt, liegt in der Vorzugsbehand-
 lung.“

Ergänzend dazu heißt es weiter:

„Nur zusammengefaßt, unsere ganze Zukunft als Wohl hängt,
 wenn wir die Position, die wir bejetzt haben, zu behalten wünschen,
 davon ab, daß wir unsere Bestrebungen erfolgreich durchführen,
 einen starken einheitlichen Markt zu gewinnen als Zentrum eines
 sich selbstverwirklichenden Imperiums.“

Dahleich die Agitation für eine Reichszollvereinigung be-
 mals bei einem stattlichen Teil der englischen Industriellen
 Anklang fand, hat sie doch nur einen bescheidenen Erfolg ge-
 habt. Wohl hat schon 1897 Kanada dem Mutter-
 land Vorzugszölle von 20 bis 25 Proz. ge-
 währt, und diesem Beispiel sind dann auch
 Australien, Neuseeland und Britisch-Süd-
 afrika gefolgt; aber zu der gewünschten „Imperial
 Federation“ ist es nicht gekommen. Eritens wollte der
 englische Ausfuhrhandel von diesen Plänen nicht viel wissen,
 weil er davon eine Stärkung der protektionistischen Tendenzen
 anderer Länder und damit eine Einschränkung der englischen
 Ausfuhr nach diesen Märkten sowie ferner eine Erschwerung
 des englischen Durchfuhrhandels befürchtete; zweitens aber
 hatten die englischen Kolonien wenig Neigung, ihre junge auf-
 blühende Industrie der überlegenen Konkurrenz der englischen
 Industrie auszuweichen und die industriellen Ansätze auf ihrem
 Boden vernichten zu lassen. Sie wollten vielmehr die Freiheit
 behalten, diese beginnende einheimische Industrie nach ihrem
 eigenen Ermessen beliebig durch Schutzzölle schützen zu können.
 Tatsächlich hat denn auch Kanada, bevor es England 1897
 Vorzugszölle auf Baumwoll- und Leinwandwaren gewährte, die
 früheren Zollsätze für solche Waren um zirka 25 Prozent
 erhöht.

Dazu kamen die mißlichen Finanzverhältnisse verschiedener
 Kolonien, vornehmlich Australiens. Die direkte Besteuerung
 deckt in den meisten selbständigen Kolonien Englands nur
 einen Teil der Staatsausgaben; der weitaus größere Teil
 wird aus den Zollerträgen bestritten. Vermindert sich aber
 der Handel mit dem Ausland und wird ein wesentlich größerer
 Teil der Einfuhr als bisher durch die englische Industrie ge-
 deckt, so müssen sich dementsprechend auch die Zolleinkünfte
 vermindern. Das bedeutet jedoch zunehmende Defizite im
 Staatshaushalt.

Außerdem weckte der Plan in den Kolonien schwere poli-
 tische Bedenken. Soll ein solcher Reichszollverein Bestand
 haben, dann müssen unbedingt politische Garantien für die
 Unterordnung der sogenannten autonomen Kolonien unter die
 Zollbestimmungen und für die Verlässlichkeit ihrer speziellen
 Interessen geschaffen werden. Es muß eine Zentrale vor-
 handen sein, welche die sich ergebenden Streitigkeiten zwischen
 den beteiligten Kolonien schlichtet, Ueberschreitungen der gegen-
 seitigen Kompetenzgrenzen inhibiert, die handelspolitischen Be-
 ziehungen zu auswärtigen Mächten regelt, den Zollverein nach
 außen vertritt usw. Die Ordnung dieser verschiedenen An-
 gelegenheiten erschien jedoch recht schwierig, da in den auto-
 nomen Kolonien das Bestreben besteht, sowohl die einheimische
 Verwaltung dem Einfluß des englischen Mutterlandes mög-
 lichst zu entziehen, als auch die Beziehungen zu fremden
 Mächten eigenmächtig, entsprechend den eigenen Bedürfnissen
 zu ordnen.

So gelang es Chamberlain nicht, mit seiner Agitation
 durchzudringen. Der Plan eines Reichszollverbandes mußte
 vorläufig fallen gelassen werden. Nichts wäre aber ver-
 fehrter, als daraus kurzweg zu folgern, daß er auch
 jetzt oder nach dem Kriege keine Aussicht auf
 Verwirklichung habe. Schon vor dem Kriege hat
 man in den selbständigen englischen Kolonien mehr und mehr
 erkannt, daß die Macht des englischen Mutter-

Landes zugleich auch die Macht seiner Kolonien stärkt und — unbeschadet der freien Selbstverwaltung — ein engerer Zusammenschluss Englands mit seinen Kolonien auch im politischen Interesse der letzteren liegt, besonders was ihre Stellung gegenüber fremden Staaten anbetrifft. So haben denn auch diese Kolonien das Mutterland in dem jetzigen Kriege mit allen Mitteln militärisch unterstützt, obgleich sie dazu keineswegs verpflichtet sind. Sie betrachten geradezu Englands Handelskrieg als ihren eigenen Kampf. Britisch-Südafrika hat sich sogar, lediglich, um dem englischen Mutterland zu nützen, in einen kostspieligen Krieg gegen Deutsch-Südwestafrika gestürzt. Diese Tatsachen schaffen einen völlig neuen Boden für die früheren Reichszollverbandspläne, so daß es heute mehr als wahrscheinlich ist, daß nach dem Krieg in der einen oder anderen Form ein britischer Reichszollverband zustande kommen wird. Es wäre ein großer Fehler, diese dem deutschen Wirtschaftsleben nach dem Kriege drohende Vereinträchtigung in nativem Optimismus zu übersehen und anzunehmen, weil vor einem Jahrzehnt die Agitation für die „Imperial Federation“ nur geringen Erfolg hatte, müsse sie auch heute unter völlig veränderten Verhältnissen ohne nennenswertes Resultat bleiben. H. C.

Der Vormarsch der Oesterreicher gegen Durazzo.

Bern, 26. Januar. (B. L. Z.) „Idea Nazionale“ meldet unter dem 23. d. M., die Räumung von San Giovanni di Medua habe bereits begonnen, da starke österreichische Kolonnen auf die Stadt vorrückten. Die Reste der fliehenden Truppen suchten in Durazzo Schutz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 26. Januar. (B. L. Z.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. In Belgien führten die beiderseitigen Artillerien im Verlaufe der Nacht fort, in der Gegend von Rieuport lebhafteste Tätigkeit zu entfalten. Neue Einzelheiten bestätigten, daß gestern feindliche Angriffsversuche gegen die Pfermündung durch das Feuer unserer Artillerie abgeschlagen wurden. Es gelang den Deutschen nicht, sich zu entwickeln, außer an einem Punkt, wo einige Gruppen in einen vorgeschobenen Graben eindrangen. Sie wurden alsbald nach einem sehr lebhaften Kampfe vertrieben, da die gegen sie geworfenen Granaten ihnen empfindliche Verluste zufügten. Im Artois wurde ein gestern vom Feinde gegen unsere Stellungen östlich von Neuville—St. Vaast gerichteter Unternehmungen, das vollkommen gescheitert war, von ihm gegen Ende des Tages in größerem Umfange wieder aufgenommen. Nach einer neuen Reihe von Minenexplosionen, die von einer sehr heftigen Beschließung begleitet waren, griffen die Deutschen auf einer Front von 1500 Meter ungefähr in dem Winkel an, der von den Straßen Arras—Lens und Neuville—St. Vaast—Théelus gebildet wird. Der Feind wurde durch unser Feuer auf seine Linien zurückgeworfen. An zwei Punkten, wo unsere Schützengräben durch eine Explosion zerstört worden war, besetzte der Feind die Trichter, deren Mehrzahl alsbald von uns wieder genommen wurden. In den Vogesen beschossen wir wirksam die feindlichen Werke bei Van de Sapt.

Paris, 26. Januar. (B. L. Z.) Amtlicher Bericht von gestern abend. In Belgien südlich von Voelinge beschloß unsere Artillerie im Verein mit der britischen heftig die feindlichen Werke, die schwere Beschädigungen erlitten haben. Heute vormittag warfen zwei deutsche Flugzeuge fünf Bomben auf Dünkirchen und dessen nächste Umgebung. Fünf Personen wurden getötet und drei verwundet. Im Artois war die Kanonade sehr lebhaft östlich Neuville und in der Gegend von Vailly, wo unser Feuer mehrere feindliche Batterien zum Schweigen brachte. Nördlich der Aisne zerstörten wir einen bedeutenden Transport des Feindes. In der Gegend von Craonne wurde eine schwere deutsche Batterie, welche die Brücke bei Berry au Bac zu zerstören versuchte, durch das Feuer unserer schweren Geschütze beschädigt. Auf den Maasbächen, im Abschnitt Nouilly, wurde eine feindliche Abteilung, die sich unseren Linien nach einem ziemlich lebhaften Bombardement zu nähern versuchte, durch unser Feuer leicht zerstört. In den Vogesen wirksam Feuer unserer Artillerie auf die feindlichen Stellungen bei Mühlbach, Stohweier und die Unterstände von Pain des Ehenes.

Belgischer Bericht: Riemlich lebhafter Artilleriekampf auf verschiedenen Punkten der belgischen Front.

Die englische Meldung.

London, 26. Januar. (B. L. Z.) Bericht aus dem britischen Hauptquartier. Heute führten wir ein wirksames Bombardement auf Dviller, La Borselle, Libridou und Voelinge durch. Bei Voelinge brachten wir ein deutsches Bombendepot in den deutschen Linien zur Explosion. Die deutsche Artillerie war in der Gegend von Gommecourt, um Soos und in Pooge tätig. Britische und deutsche Flieger traten in Aktion; die britischen behielten die Oberhand.

Der russische Heeresbericht.

Petersburg, 26. Januar. (B. L. Z.) Amtlicher Bericht vom 25. Januar 1916.

Westfront: Unsere Artillerie beschloß mit Erfolg die deutschen Stellungen an der Düna flussabwärts von Friedriehstadt.

Am 24. Januar warf ein feindliches Flugzeug zwei Bomben auf Düna; eine Frau wurde getötet.

In der Gegend des Dorfes Ossenski, westlich des Boginskijeees, waren wir einen gegen unsere Hindernisse gerichteten deutschen Angriff zurück.

In Galizien an der Strypa Artilleriekampf. Es ist beobachtet worden, daß der Feind neuerdings wieder Aufzüge aus Luftballons in unseren Gebieten abwirft.

Nach eingezogenen Erkundigungen hatte in einer deutschen Division eine große Anzahl Soldaten erkrankte Gliedmaßen, viele so heftig, daß sie zur Wiederherstellung in die Heimat zurückgeschickt werden mußten.

Kaukasus: In der Gegend von Erzerum verfolgen wir weiter die Türken und machen in jedem bewohnten Ort Gefangene. In der Gegend von Melagert hatten wir glückliche Zusammenstöße mit feindlichen Kavallerie- und Infanterieabteilungen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 26. Januar. (B. L. Z.) Amtlicher Bericht vom Dienstag. Im Lagarinale schlugen unsere Truppen in der Nacht vom 24. Januar und später in den Stellungen in der Umgebung von Mori eine Abteilung des Feindes zurück, welche sich überständig zu nähern versucht hatte. Im Saganatale warf die feindliche Artillerie einige Granaten auf Borgo und Roncegno, wodurch im letzteren Ort eine Feuersbrunst hervorgerufen wurde. Unsere Artillerie erneuerte die Beschließung des Bahnhofs von Caldonazzo. In dem Abschnitt von Tolmein versuchte der Feind,

durch Rebell begünstigt, zwei Angriffe gegen unsere Stellungen bei St. Lucia, die sofort zurückgewiesen wurden. Am mittleren Jonzo heftiges feindliches Artilleriefeuer gegen unsere Stellungen auf den Höhen westlich G. r. z. Auf der übrigen Front keine Veränderung. Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 26. Januar. (B. L. Z.) Amtlicher Heeresbericht.

An der Front unternahm der Feind nach seinen ungeheuren Verlusten bei Gelahie keinen neuen Angriffsversuch. Bei Kut el Amara zeitweise ausdauernder Artilleriekampf. In der Nacht des 18. Januar überfielen wir überraschend mit Erfolg ein feindliches Lager westlich von Korna und töteten zahlreiche Soldaten des Feindes und eine Menge Vieh. An dieser Front herrschte ausnahmsweise Schneefall, dem starke Kälte folgte.

An der Kaukasusfront nichts von Bedeutung, außer unwesentlichen Scharmücheln am rechten Flügel nördlich vom Muradluh.

An den übrigen Fronten keine Veränderung.

Versenkung eines englischen Dampfers.

London, 26. Januar. (B. L. Z.) Neutermeldung. Der britische Dampfer „Korsfeman“ von neuntausend Tonnen soll versenkt worden sein.

(Notiz des B. L. Z.: Wahrscheinlich handelt es sich um den in Lloyd's Register mit 10 750 Tonnen aufgeführten Dampfer „Korsfeman“.)

London, 26. Januar. (B. L. Z.) Lloyd's meldet: Der Dampfer „Korsfeman“ wurde nicht versenkt, sondern ist gestrandet. Kein Menschenleben ging verloren.

Norwegen und die neue englische Blockade.

Kopenhagen, 26. Januar. (B. L. Z.) Nach einer Meldung der „Berlingske Tidende“ aus Kristiania herrscht dort allgemein und besonders in den Kreisen der Industrie- und Geschäftswelt große Erbitterung gegen die englische Handelskontrolle, weil dieselbe recht willkürlich ausgeübt wird und in der Tat keinerlei nennenswerter Durchgangsverkehr nach Deutschland vor sich geht. Unter diesen Umständen verstimmte es um so mehr, daß England Rohstoff, die von Amerika kommen und besonders Kohlen für die Herstellung von Margarine beschlagnahmt, trotzdem Norwegen ein Ausfuhrverbot hierfür erlassen hat. Durch die Beschlagnahme von Kupferdraht werden übrigens auch die elektrischen Anlagen in den Städten mit völligem Stillstand bedroht.

Das Wiedererwachen des Sozialismus.

Jean Longuet schreibt im „Populaire du Centre“ über das allmähliche Wiedererwachen des sozialistischen Bewusstseins in den kriegführenden Ländern. Es komme schneller, als man nach den Ausbrüchen des nationalitätlichen Hasses auf allen Seiten hätte erwarten können. Nachdem Longuet die Situation in Deutschland und das Vorgehen der Rinderheit dort geschildert hat, wendet er sich nach Frankreich und England. Die Lage der französischen Sozialisten sei eine andere gewesen als die der deutschen. Auf sie hätte zugekommen, was auf den internationalen Kongressen über die Landesverteidigung gesagt worden sei. „Trotzdem war es auch in Frankreich nötig, mit Kraft gegen das Aufbegehren der sozialistischen Grundanschauungen vorzugehen, gegen die Ueberflutung der sozialistischen Partei mit dem Nationalismus, der nichts gemein hat mit der berechtigten Sorge, die Unabhängigkeit des Landes aufrecht zu erhalten; gegen die Schwächung des Bewusstseins der proletarischen Klasse, gegen die befremdenden Abweichungen derjenigen, die behaupteten, uns einen Neusozialismus mit „sozialem Frieden“ zu fabricieren, diesem fremden Gemisch von kleinbürgerlicher Demokratie, reaktionärem Nationalismus und sozialem Konfusionismus.“

Das sei auf dem letzten französischen Kongress geschehen. Zuerst durch die Konstituierung einer kraftvollen und kampfbereiten Minorität von 900 Mandaten unter 2700, die der Kongress wählte, über die hinaus es 700 Mandate der Föderationen des Nordens, der Ardennen, des Pas-de-Calais, der Aisne gebe, denen es nicht möglich gewesen sei, ihren Delegierten irgend ein Mandat zu erteilen. Die Minorität umfasse alle Arbeitervereinigungen innerhalb der Vannmeile von Paris und einige der besten Elemente in der Provinz. Sie habe ihre Meinung mit aller Entschiedenheit durch den Mund von Ristral, Piffemane, Poncet, Mauranges und Longuet verteidigt, so wie sie jeden Tag in den drei Organen der Rinderheit, dem „Populaire du Centre“ in Limoges, dem „Droit du peuple“ in Grenoble und dem „Midi Socialiste“ in Toulouse zum Ausdruck komme. Die Rinderheit hätte sich mit der Mehrheit auf eine Resolution geeinigt, weil ihre prinzipiellen Grundgedanken in dieser niedergelegt seien und weil sie die verabschewungswürdigsten nationalitätlichen Abirrungen herausgelassen habe.

Da nun auch in Großbritannien die Arbeiter in den Klassenkampf eintraten und so die Phrase von der nationalen Einheit aller zerstöre, sei die beste Aussicht vorhanden, daß wieder überall wirklich sozialistische Politik getrieben werde. Zum erstenmal sei nach der Verlesung des Abstimmungsresultates über die Stellung der englischen Arbeiter zur Wehrpflicht, die „Kote Fahne“ in einer offiziellen Versammlung der britischen Gewerkschaften erklungen.

„In Wahrheit, die sozialistische Internationale ist lebendiger denn je.“

Die englische Arbeiterpartei für Unterstützung der Kriegspolitik der Regierung.

London, 26. Januar. (B. L. Z.) (Meldung des Reiterischen Bureau's.) Die Jahreskonferenz der Arbeiterpartei nahm mit 1502 000 gegen 602 000 Stimmen die von der Gewerkschaft der Dockarbeiter vorgeschlagene Resolution an, durch welche die Konferenz sich verpflichtet, die Regierung so viel als möglich bei der Fortsetzung des Krieges zu unterstützen.

Kriegsdebatte im englischen Parlament.

London, 25. Januar. (B. L. Z.) Neutermeldung. Im Oberhaus wurde die Parlamentsbill in dritter und die Militär dienstbill in zweiter Lesung angenommen.

London, 25. Januar. (B. L. Z.) Unterhaus. Handelsminister Runciman sagte auf eine Anfrage, daß der Verkehr englischer Schiffe zwischen neutralen Häfen möglichst eingeschränkt worden sei, aber ein absolutes Verbot sei nicht im nationalen Interesse. — Unterstaatssekretär Tennant erklärte, daß zwischen den freiwillig eintretenden Rekruten und denen, die auf Grund der Dienstpflichtbill ausgehoben werden sollen, keinerlei Unterschied gemacht werden würde.

Während der Debatte über die Dienstpflichtbill war ein Antrag eingebracht worden, um die Garantien gegen einen Mißbrauch des Gesetzes zu industriellen Zwecken zu verstärken, den die Minister bekämpften und der abgelehnt wurde. Bonar Law führte aus, daß das Kriegsamt über die Leute keine Gewalt habe, bis sie aufgerufen seien. Danach ständen sie unter Militärrecht. Aber vorher könnten sie nicht als Soldaten behandelt werden.

Ein Nachfolger des „Forward“.

Manchester, 26. Januar. (B. L. Z.) Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt: Wenn die Regierung die Einstellung weiblicher Arbeiter in den Munitionswerken fortführt, werden vermutlich nicht nur einige wenige Extreme Opposition machen. Man ist besorgt, daß im Clyde-Bezirk ernstliche Schwierigkeiten entstehen werden, wenn man nicht die lokalen Arbeitervertreter über die anzuwendenden Bedingungen mitreden läßt. Der Korrespondent erklärt, daß die geleerten Arbeiter gegen jeden Plan, der ihnen von oben aufgezwungen würde, Widerstand leisten würde, ohne deshalb zu streiken. Derselbe Korrespondent teilt mit, daß an Stelle des unterdrückten „Forward“ ein neues Organ „The Worker“ entstanden ist. Sein Erscheinen sei ein beunruhigendes Symptom. Das Komitee, das es herausgibt, ist eine starke Organisation, die unabhängig von den Gewerkschaften besteht, aber in Verbindung mit ihnen arbeitet. Dieses Blatt fordert im Zusammenhang mit der Einstellung von weiblichen Arbeitern, daß der Kapitalgewinn nicht einer Klasse allein zugute käme, daß sie die übrigen Arbeiter in keiner Weise schädige und daß die organisierten Arbeiter an ihrer Kontrolle Anteil haben sollen.

Briand für Aufrechterhaltung der Zensur.

Paris, 26. Januar. (B. L. Z.) Kammer. Vor der bereits gemeldeten Abstimmung über die Pressevorlage wies Briand auf die Unmöglichkeit hin, zuzulassen, daß unerquidliche Artikel in die Schützengräben gelangten, wo die Soldaten der Pflicht ins Angeficht blicken mußten. Die in Uebereinstimmung mit den Vertretern der Presse zu Beginn des Krieges geschaffene Pressekontrolle habe nach 18 Monaten Krieg das Ergebnis gezeitigt, daß alle Nervosität dem Lande erspart geblieben sei, dessen Ruhe und Zuversicht dem Feind aus der Fassung brachten. Es sei besser, das gegenwärtige System nicht zu ändern, das der Stunde gerecht werde, in der alle sich Opfer auferlegten. Der Augenblick, in dem der gegenwärtige Grundtag der Autorität dem Grundtag der Freiheit weichen werde, werde mit dem Sieg des Landes kommen.

Snadenerlasse.

Der Kaiser hat unter dem heutigen Datum eine große Anzahl bestrafter Kriegsteilnehmer durch Snadenerlasse von ihrer Strafe befreit und außerdem einen Erlaß über Böhmung von Strafeinträgen verfügt.

Der erste Snadenerlaß erlaßt allen Militärpersonen des aktiven Heeres, der aktiven Marine und der Schutztruppen die von Militärbehörden verhängten Disziplinarstrafen sowie die von Militärgerichten des preussischen Kontingents oder vom Gouvernementsgericht Ulm verhängten Geld- und Freiheitsstrafen, sofern die auferlegten Freiheitsstrafen sechs Monate nicht übersteigen. Ist auf Geldstrafe neben Freiheitsstrafe erkannt, so ist die Geldstrafe nur dann erlassen, wenn die Freiheitsstrafe unter den Snadenerlaß fällt. Ausgeschlossen von der Böhmung sind die Personen, die 1. unter der Wirkung von Ehrenstrafen, 2. seit der Verhängung der Strafe sich schlecht geführt haben. Der Snadenerlaß findet auch auf die Angehörigen der Großherzoglich Mecklenburgischen Kontingente Anwendung.

Ein weiterer Snadenerlaß bezieht sich auf Kriegsteilnehmer, gegen die Verfahren noch schweben. Durch ihn werden die gerichtlich noch nicht rechtskräftig erledigten Untersuchungen gegen Personen niedergeschlagen, die vor dem 27. Januar 1916 die Eigenschaft als Kriegsteilnehmer erlangt haben. Niedereingeschlagen sind durch den Erlaß alle Uebertretungen, Vergehen mit Ausnahme derjenigen des Verrats militärischer Geheimnisse und solche die Bestahls- und Betrugsverbrechen im Sinne der §§ 243, 244, 264 des Reichsstrafgesetzbuchs, bei denen der Täter zur Zeit der Tat das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte. Der Erlaß bezieht sich auf diese drei Kategorien von Straftaten, falls diese vor dem 27. Januar 1916 und vor der Einberufung des Täters zu den Fahnen begangen sind. Die Niederschlagung erfolgt unter der Bedingung, daß nicht der Täter durch militärgerichtliches Urteil mit Entfernung aus dem Heere oder der Marine oder mit Dienstentlassung bestraft ist oder bestraft werden wird, oder, wenn er keine Person des Soldatenstandes ist, mit Rücksicht auf eine Straftat seine Eigenschaft als Kriegsteilnehmer verloren hat oder verlieren wird.

Ferner wird den Teilnehmern an dem gegenwärtigen Kriege, die vor ihrer Entlassung von den Fahnen durch Urteil oder Strafbefehl eines preussischen Zivilgerichts einschließend der auf Grund des Gesetzes über den Verlagerungszustand gebildeten außerordentlichen Kriegsgerichte oder durch Strafverfügung einer preussischen Polizeibehörde oder durch Strafbefehl einer preussischen Verwaltungsbehörde wegen der vor der Einberufung zu den Fahnen begangenen Straftat bis zum 27. Januar rechtskräftig erkannten Strafen, soweit sie noch nicht vollstreckt oder erlassen sind, einschließend der Nebenstrafen und der rückständigen Kosten erlassen, sofern die einzelne Strafe oder ihr noch nicht vollstreckter Teil nur in Verweis, Geldstrafe, Haft festungshaft bis zu einem Jahre einschließend oder Gefängnis bis zu einem Jahre einschließend allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen besteht. Der Erlaß der Nebenstrafen erstreckt sich indessen nicht auf die nach § 42 Absatz 1 des Militärstrafgesetzbuchs von Rechts wegen eingetretenen militärischen Ehrenstrafen. Ausgeschlossen von den Snadenerlässen bleiben: Personen des Soldatenstandes, gegen die durch gerichtliches Urteil auf Entfernung aus dem Heere oder der Marine oder auf Dienstentlassung erkannt worden ist oder erkannt werden wird; 2. andere Personen, die mit Rücksicht auf eine Straftat die Eigenschaft als Kriegsteilnehmer verloren haben oder verlieren werden; 3. Personen, die Kriegsteilnehmer geworden sind, obwohl sie die Fähigkeit zum Dienst in dem deutschen Heere oder der Kaiserlichen Marine gemäß §§ 31, 34 des Reichsstrafgesetzbuchs, §§ 82, 83, 42 des Militärstrafgesetzbuchs verloren haben.

Ferner ist der Justizminister ermächtigt, zugunsten von Kriegsteilnehmern und deren Hinterbliebenen in Strafsachen, die vor preussischen Zivilgerichten geschwebt haben, die Kosten, soweit sie noch nicht erlassen sind, ganz oder teilweise auch unter Rücksichtung bereits bezahlter Beiträge niederzuschlagen und die Befugnis zur Niederschlagung auf andere Justizbehörden zu übertragen.

Ein weiterer Erlass verfügt die Lösung von Strafeinträgen. Es sollen im Strafregister und in den polizeilichen Listen alle Vermerke über die bis zum 27. Januar 1906 (einschließlich) von preussischen Zivilgerichten oder von Militärgerichten des preussischen Kontingents erkannten sowie über die bis zu dem bezeichneten Tage durch Verfügung preussischer Polizeibehörden festgesetzten Strafen gelöscht werden, wenn 1. der Bestrafte keine anderen Strafen erhalten hat als Gelängnis bis zu einem Jahre einschließlich oder Festungshaft bis zu einem Jahre einschließlich oder Arrest oder Haft oder Geldstrafe oder Verweis allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen, 2. gegen den Bestraften nach dem 27. Januar 1906 bis zum heutigen Tage nicht wieder auf Strafe wegen eines Verbrechens oder Vergehens gerichtlich erkannt ist.

Auf die Strafen, die von einem der mit anderen Bundesstaaten gemeinschaftlichen Gerichte erkannt sind, findet dieser Erlass Anwendung, sofern nach den mit den beteiligten Regierungen getroffenen Vereinbarungen die Ausübung des Wegnahmsrechts in dem betreffenden Falle zur Verfügung steht.

Ein Erlass des Königs von Bayern vom 7. Januar 1916 verfügt — entsprechend den Erlassen des Kaisers vom 27. Januar und 24. April 1915 — die Niederschlagung von Strafvorfällen gegen Kriegsteilnehmer wegen strafbarer Handlungen, die vor der Einberufung zu den Fahnen begangen sind. Der Gnadenbefehl findet auch auf die Angehörigen des königlich bayerischen Heeres Anwendung, die unter der Gerichtsbarkeit preussischer Gerichte stehen. Auch die Lösung von Strafvermerken in den Strafregistern wird durch diesen bayerischen Erlass verfügt.

Politische Uebersicht.

Die Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise.

Der Reichskanzler hat — wie gestern mitgeteilt — die Reichskartoffelstelle und die Kommunalverbände ermächtigt, bis zum 15. März die Kartoffelhöchstpreise durch einen Preiszuschlag an den Erzeuger von 1,25 M. pro Zentner zu erhöhen. Reich und Staat tragen die Hälfte des Zuschlages, während die Gemeinden und Kommunalverbände die andere Hälfte übernehmen müssen. Dadurch soll den Wünschen der Landwirte nach Erhöhung des Verkaufspreises Rechnung getragen werden, ohne die Verbraucher zu belasten.

Wir finden diese „Lösung“ in keiner Hinsicht für glücklich. Die Belastung der Verbraucher tritt auf jeden Fall mittelbar ein; denn die von Reich und Kommune gezahlten Zuschläge müssen letzten Endes von den Steuerzahlern aufgebracht werden. Aber selbst das durch die Preiserhöhung angestrebte Ziel, die Kartoffelknappheit zu beseitigen, wird schwerlich eintreten. Die Landwirte werden fortan nur an Gemeinden verkaufen, um sich den Zuschlag zu sichern. Private Verbraucher und Händler werden künftig für eigene Zwecke von den Landwirten keine Kartoffeln mehr erhalten. Da es uns zweifelhaft erscheint, ob die Gemeinden sofort die Versorgung aller Einwohner werden übernehmen können, werden dadurch wahrscheinlich die Bezugschwierigkeiten für die Verbraucher in der nächsten Zeit noch steigen.

Die Regelung bezieht sich weiter nur bis zum 15. März. Müssen nicht die Landwirte, und gewisse Spekulanten die durch künstliche Zurückhaltung der Vorräte die jetzige Preiserhöhung erzwungen haben, die Hoffnung hegen, durch einen weiteren Druck eine nochmalige Erhöhung der Preise zu erzielen? Der jetzigen Preiserhöhung standen dabei feierliche Versicherungen der Regierung aus dem Herbst gegenüber, die Landwirte dürften auf keinerlei Erhöhungen rechnen. Die Regierung bringt sich durch ihre ständige Nachgiebigkeit gegenüber Interessenwünschen selbst in die schwierigste Lage und trägt nur zur dauernden Unruhe auf dem Lebensmittelmarkt bei. Die Verbraucher verlangen endlich eine klare, feste Lebensmittelpolitik, die allein als einziges Ziel die ausreichende und billige Versorgung der Bevölkerung verfolgt.

Der Deutsche Städtetag über Ernährungsfragen.

Und wird geschrieben: „Der Nahrungsmittelausschuss des Deutschen Städtetages hat seine Beratungen beendet. Wegen der Kartoffelversorgung der gegenwärtigen Winterperiode ging man von der Tatsache aus, daß das Reich und in Preußen auch der Staat je die Hälfte des Betrages übernommen habe, den die Kommunen jetzt für Speisekartoffeln über den Höchstpreis zu zahlen ermächtigt sind, so daß die Preise, die die Verbraucher zu zahlen haben, sich während des Winters nicht erhöhen werden. Für die spätere Zeit ist die Reichsleitung dringend um baldige Mittelanstrengungen gebeten worden. Dabei ist nachdrücklich betont worden, daß die Kommunen zwar zu jeder Mitarbeit bereit sind, dagegen nicht ihrerseits die verantwortliche Entscheidung über die Deckungsbedingung treffen und auch nicht, wie im vorigen Jahre, das finanzielle Risiko einer Ueberschuldung tragen können, weil allein das Reich die Entwicklung des Kartoffelmarktes überleben und beherrschen kann. Weiter sind die schwierigen Verhältnisse der Versorgung der Bevölkerung mit frischem Schweinefleisch eingehend besprochen worden. Man glaubt nicht, daß Einzelmaßnahmen, zum Beispiel im Gebiet der Wurst- und Konservenherstellung, für sich allein zum Ziele führen können. Vielmehr soll die sofortige Einführung von Höchstpreisen beantragt werden.“

„Schädliche“ Höchstpreise.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat kürzlich folgenden Beschluß gefaßt: „Der Landwirtschaftsrat erachtete die festgesetzten Gemüsehöchstpreise für schädlich, und zwar sowohl für den Hersteller als besonders auch für den Verbraucher. . . Schädlich für den Verbraucher: 1. weil bei den zu niedrig bemessenen Preisen viel Gemüse in die Viehställe gedrängt wird; 2. weil die Zufuhr vom Auslande ferngehalten wird; 3. weil die Gemüsehöchstpreise zu spät eingeführt worden sind; 4. weil die Höchstpreise nur für den Hersteller und nicht für den Einzelhandel gelten; 5. weil die Produktion für das kommende Jahr unbedingt eingeschränkt werden wird, wenn die Herstellungslosten höher sind als der Verkaufspreis.“

Für die Ernte des vergangenen trockenen Jahres werden daher ähnliche Preise vorgeschlagen, wie solche in dem trockenen Jahr 1911 bestanden haben, und zwar:

Für den Hersteller frei nächster Verladestation:	
Weißkohl	4,50 M.
Rotkohl	6,00
Wirsingkohl	6,00
Grünkohl	5,00
Grütleben	10,00
gelbe Kohlräben	3,00
weiße Kohlräben	2,00
rote Kohlräben	6,00
weiße und gelbe Kohlräben	3,50

Für den Einzelhandel müssen unbedingt Höchstpreise eingeführt werden, und zwar durch Zuschläge von etwa 80 bis 90 Prozent. Die abgedeckerten Preise sind unverzüglich einzuführen.“

Die einzige Forderung, der die Verbraucher zustimmen, ist bereits erfüllt worden: Höchstpreise für den Einzelhandel bestehen ehe der Landwirtschaftsrat sie forderte. Die Kritik der „Sachverständigen“ beruht also hierin auf einem Irrtum. Um die anderen Mängel abzustellen, bedarf es keiner Preiserhöhung. Die Verfälschung von Gemüse an das Vieh könnte durch Verbote und Beschlagnahme gebindert, die Zufuhr vom Auslande, das übrigens fast überall billigere Gemüsepreise als Deutschland hat, durch staatliche Zuschüsse angeregt werden.

Zur Fleischnot.

Infolge der zunehmenden Schwierigkeiten beim Einkauf von Schlachtvieh sah sich der Vorstand des Konsumvereins in Gotha zur Schließung des seit mehr als fünf Jahren betriebenen Fleischereigeschäfts genötigt. Schweine im Schlachtreifen Zustande waren fast gar nicht mehr aufzutreiben. In dem Betriebe wurden früher 8—10 Gehäusen beschäftigt, sechs wurden alsbald nach Kriegsausbruch zum Heer eingezogen. Die Feuerungskontrolle den Fleischverbrauch wesentlich ein, namentlich in den letzten Monaten nahm der Umsatz sehr ab. Es wurden trotzdem in der Fleischerei im letztverflossenen Geschäftsjahre noch 1428 Schweine und 106 Rinder verarbeitet. Der Umsatz betrug 329866 M., das sind 200 M. weniger wie im Jahre vorher.

Kriegsziele und „offizielle“ Presse.

Im Anschluß an eine Besprechung der Vorgänge in Montenegro fordert die „Kreuz-Zeitung“ erneut die teilweise Freigabe der Kriegsziel-Erörterungen:

„Dabei wird, wie wir glauben möchten, das bisherige Verbot der Erörterungen der Kriegsziele völlig nicht mehr aufrechterhalten werden können. Wenn an einer, vielleicht unbedeutenden, Stelle des Weltkrieges das Wort Frieden erklingt ist und am Horizont eine Möglichkeit des Abchlusses erscheint, so muß, wie das in der „Kreuz-Zeitung“ (19. Januar) bereits mit vollem Recht hervorgehoben wurde, über diesen Frieden geredet werden können. Auch heute verstehen wir das Gewicht der Gründe nicht, die für eine Verhinderung des bisherigen Zustandes bei uns sprechen. Aber ebensowenig wird sich die Regierung der Einsicht entziehen können, daß mit der Kapitulation Montenegros die Lage sich grundlegend auch in dieser Beziehung zu ändern beginnt, und kann sie von ihrem bisherigen Standpunkte nicht abgehen, so werden wir verlangen müssen, daß die offizielle Publizität in diesen Lebensfragen deutscher Zukunft ganz anders, fährend und orientierend herzutreten, als sie es bisher im Verlaufe des Krieges tat.“

Die Forderung, daß eventuell wenigstens die „offizielle“ Publizität von dem Verbot befreit werden solle, verdient natürlich die schärfste Zurückweisung. Soll überhaupt die Möglichkeit bestehen, die Frage der Kriegsziele zu erörtern, so muß selbstverständlich allen Parteien und den Presseorganen jeder Richtung das Wort verstatet werden. Die „offizielle“ Publizität ist am allerwenigsten geeignet, in Lebensfragen des deutschen Volkes „föhrend und orientierend“ hervorzutreten.

Zu den neuen Reichsteuern.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ bringt folgende offizielle Notiz: Die Presse bringt nahezu Tag für Tag Mitteilungen über die neuen Reichsteuern, die im März dem Reichstage zur Beschlußfassung unterbreitet werden sollen. Diese Mitteilungen sind in keinem Fall authentisch. Das Reichskanzleramt hat über die geplanten Steuern bisher keinerlei Veröffentlichung ausgegeben und wird aus dieser Zurückhaltung auch weiterhin nicht heraustreten, solange die Vorlagen sich noch im Zustande der Vorbereitung befinden.

Wahlreform in Braunschweig.

Am Dienstag wurde der Braunschweigische Landtag feierlich eröffnet. In der Thronrede ist besonders eine Stelle bemerkenswert, die sich auf das Landtagswahlrecht bezieht. Sie lautet:

„Die Landesregierung wird mit aller Kraft bestrebt sein, die ins Stoden geratenen oder einseitigen zurückgestellten staatlichen Aufgaben zu fördern und zum Abschluß zu bringen, sobald solches möglich ist. Insbesondere gilt das auch von der schwebenden Aenderung des Wahlrechts. Allen an der Gesetzgebung beteiligten Stellen wird es schon jetzt und in der maßgebenden Zukunft am Herzen liegen, vom Standpunkt des allgemeinen Wohles auf das sorgfältigste zu prüfen, inwieweit bei der Schaffung neuer Vorschriften der durchgehenden Bewährung aller Volksklassen in dieser gewaltigen Zeit Rechnung zu tragen ist. Durchdrungen von dem Bewußtsein der Unbesiegbareit deutscher Kraft, Opferfreudigkeit und Ausdauer im Felde und daheim vertrauen auch wir Braunschweiger auf eine glückliche Zukunft des Deutschen Reiches und namentlich auch unseres engeren Vaterlandes.“

Das Versprechen der braunschweigischen Regierung ist also nicht weniger zaghaft als das in der preussischen Thronrede.

Herr v. Heydebrand korrigiert sich.

Die „Eib. Korresp.“ teilt mit: Eine bemerkenswerte Aenderung in dem Stenogramm seiner Rede vom 17. Januar hat der konservative Führer Hg. Dr. v. Heydebrand vorgenommen. Bekanntlich hatten alle Zeitungen berichtet, und die Ohrenzeugen bestätigten dies auch jetzt noch, daß Heydebrand ausgesprochen hätte, die Gestalt unseres preussischen Abgeordnetenhauses sei, von einigen Schönheitsfehlern abgesehen, eine den Bedürfnissen des Landes „geradezu ideal entsprechende“. Im Stenogramm heißt es nun aber an dieser Stelle: „Es ist doch gar keine Frage, daß die Gestalt unseres preussischen Abgeordnetenhauses, unserer preussischen Volksvertretung, eine den Bedürfnissen des Landes, wie ich behaupte, fast ideal entsprechende ist.“ Ganz amhant ist, daß zwei Sätze später Heydebrand einen Passus seiner Rede hat stehen lassen, wonach wir „dank dieses preussischen Wahlrechtes eine preussische Volksvertretung haben, die den Ansprüchen des Landes und den Wünschen, die wir für das Wohl des Landes hegen, durchaus gerecht wird“. Dieses „durchaus“ paßt mit dem obigen „geradezu“ ausgezeichnet zusammen. Gegenüber dem „fast ideal“ bildet es eine gewisse Unstimmigkeit. Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß selbst Herr v. Heydebrand doch vor dem „geradezu ideal“ nachträglich etwas zurückgekehrt ist und die Folgen des preussischen Wahlrechtes nur noch als „fast ideal“ angesehen wissen will!

Die Kanalgegner.

Der Ausschuß zur Förderung des Mittelkanals hat am Montag in Berlin von neuem in Wort und Schrift die Gründe auf die Dringlichkeit hingewiesen, die Wasserstraßenverbindung zwischen dem Osten und Westen endlich herzustellen. Die „Deutsche Tageszeitung“ antwortet prompt mit dem Hinweis auf entgegengelegte Ausführungen in der Fachpresse und sügt hinzu:

„Da die wirtschaftliche wie die militärische Seite der Kanalfrage erst nach dem Kriege völlig geklärt werden kann, so erscheint es aber nicht recht verständlich, daß man schon während des Krieges den „möglichst raschen“ Ausbau des Kanals verlangen zu sollen glaubt. . . Aus allen diesen Gründen wäre es wohl zweckmäßiger gewesen, eine Neuaufrholung dieser Kanalfrage wenigstens bis nach dem Kriege zu vertagen.“

Die Konservativen sind also nach wie vor Wegner des Kanalbaues.

Entwurf eines Schätzungsamtsgesetzes.

Die preussische Regierung hat dem Abgeordnetenhause den Entwurf eines Schätzungsamtsgesetzes unterbreitet; sie hofft, daß durch ein solches Gesetz nicht nur die Mißstände auf dem Gebiete des Schätzungswesens beseitigt, sondern auch einer ungesundeten Steigerung der Mietpreise vorgebeugt werden kann.

Künftige Schätzerstellen für allgemeine Grundstückschätzungen bestehen heute nur in vereinzelt Landesteilen; im wesentlichen liegen die Schätzungen in der Hand privater Einschäfer. Hieraus haben sich im Schätzungswesen und in Verbindung damit im Verlethungswesen erhebliche Mißstände entwickelt. Der freie Wettbewerb im Schätzergewerbe bewirkt bei manchen Schätzern eine gewisse Abhängigkeit gegenüber den Wünschen der Auftraggeber und beeinträchtigt ihre Unparteilichkeit. Nicht nur, daß bei Schätzungen mancher Schätzer ständige und offenkundige Ueberschätzungen des wirklichen Grundstückswertes nachgewiesen sind, ist eine tatsächliche Ueberschätzung der Grundstückswerte, insbesondere der städtischen, fast zur typischen Erscheinung geworden. Die innere Ursache hierfür besteht, wie in den Notizen des Gesetzentwurfs hervorgehoben wird, hauptsächlich darin, daß die Schätzung sich nicht stets auf die ausschließliche Erfassung des Gegenwartswertes beschränkt, sondern — namentlich für den Grund und Boden — den Zukunftswert oft in weitgehender Weise berücksichtigt. Dadurch werden Grundstückswerte geschaffen, die nicht dem wirklichen Wert entsprechen, sondern Spekulationswerte darstellen. Diese Mißstände haben in das Schätzungswesen eine allgemeine Unsicherheit gebracht und auf verschiedenen wirtschaftlichen Gebieten schwere Schädigungen bewirkt. Nach Ansicht der Regierung ist eine gesunde Entwicklung des Grundstücks- und des Grundkreditwesens sowie des Wohnungswesens ohne ein geordnetes und zuverlässiges Schätzungswesen nicht möglich; sie erblickt in der systematischen, die Bildung von Spekulationswerten begünstigenden Ueberschätzung der Grundstückswerte, besonders in größeren Städten, eine der Hauptursachen, durch die das Bauland in übertriebener Weise verteuert und die ungesunde Grundstückspekulation gefördert wird. Die Ueberschätzung hat eine tatsächliche Erweiterung der für die ersten Hypotheken üblichen Verlethungsgrenzen ermöglicht, die sogenannte erste Hypothek umfaßt jetzt meist einen Teil der früher von der sogenannten zweiten Hypothek eingenommenen Stelle. Daher kommt es, daß in besonders hohem Grade durch die Ueberschätzungen die zweifelhafte Hypotheken bei der Zwangsversteigerung der Gefahr eines Ausfalls ausgesetzt sind. Die „Not der zweiten Hypothek“ ist wesentlich mit durch die Unzuverlässigkeit der Grundstückschätzungen entstanden, und die Frage der zweiten Hypothek ist gleichzeitig eine Frage der Regelung des Schätzungswesens geworden.

Es läßt sich ferner nicht bestreiten, daß die übertriebenen Schätzungswerte auch eine ungesunde Steigerung der Mietpreise bewirken, und zwar nicht nur infolge der Verteuerung des Baulandes, sondern auch infolge der Ueberspannung der Verlethungen; denn die verhältnismäßig hohen Jahresleistungen für die zweifelhafte Hypotheken mühen durch den Mietpreis aufgebracht werden. Dieser Unsicherheit im Schätzungswesen, die sich überall in Stadt und Land findet, will die Regierung in Ausführung eines im vorigen Jahre vom Abgeordnetenhause gefaßten Beschlusses dadurch entgegenzutreten, daß sie in jedem Stadtkreis und in jedem Landkreis kollegiale Schätzungsamter mit behördlicher Eigenschaft errichtet. Die Errichtung der Schätzungsamter überträgt der Entwurf grundsätzlich den Kreisverwaltungsbehörden, den Schätzungsamtern selbst legt er die Eigenschaft einer kommunalen Behörde bei.

Für den Verband Grob-Berlin soll ein besonderes Schätzungsamter (Schätzungsamter Grob-Berlin) mit der erforderlichen Zahl von Abteilungen unter entsprechender Anwendung des Zweckverbandesgesetzes für Grob-Berlin durch Gesetz errichtet werden. Mit Zustimmung des Oberpräsidenten soll der Geschäftsbezirk des Schätzungsamtes auf Teile des Verbandsgebietes beschränkt werden können, doch sind in diesem Falle für die nicht zu dem Schätzungsamter Grob-Berlin gehörenden Teile des Verbandes besondere Schätzungsamter von den beteiligten Kreisen zu errichten.

Wir zweifeln nicht daran, daß wenn der Entwurf Gesetz wird, der spekulative Schätzung ein Riegel vorgegeben wird. Aber damit wäre erst eins der vielen Uisachen der Spekulation in Grund und Boden ein Ende gemacht. Welche Wirkung das Gesetz auf die Höhe der Mieten ausübt, bleibt abzuwarten. Man will versprechen wir uns davon nicht, weil bekanntlich den hohen Mietpreisen noch manche andere Ursachen zugrunde liegen. Vor allem aber glauben wir nicht, daß dies Gesetz von irgendwelchem Einfluß auf die Gestaltung des Wohnungsmarktes nach dem Kriege sein wird; seine Wirkungen werden sich vielleicht in Jahren bemerkbar machen. Wir müssen deshalb fordern, daß die Regierung neben diesem Gesetz möglichst noch weitere Vorlagen einbringt, die geeignet sind, den nach Friedensschluß voraussichtlich einsetzenden Mangel an Kleinwohnungen zu beseitigen und den Baumarkt zu beleben.

Erhöhung der Gemeindesteuern.

Der Breslauer Magistrat plant eine Erhöhung des Kommunalzuschlages für 1916 von 172 auf 220 Proz.

Ein neuer Dienststrang in der Marine.

Durch eine Kabinettsorder vom 27. Januar ist für die Marine der Dienststrang des Deckoffiziersleutnants, des Deckoffizier-Ingenieurs und des Feldwebelleutnants geschaffen worden.

Dieser Dienststrang der Marine entspricht dem im mobilen Feldheere schon bestehenden Range des Feldwebelleutnants.

Kriegsbekanntmachungen.

Keine Exhumierungen im serbischen Kriegsgebiet.

Wien, 26. Januar. (B. T. Z.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Das Armeekommando verfügt, daß Exhumierungen in den von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Gebieten Serbiens aus verkehrstechnischen und aus sanitären Gründen sowie wegen Uebersättigung der dortigen Verwaltungsbehörden bis auf weiteres nicht mehr zugelassen werden.

Letzte Nachrichten.

Eine Rechtfertigung Montenegros.

Lyon, 26. Januar. (B. T. Z.) Meldung der Agence Havas. Der König von Montenegro empfing französische und ausländische Journalisten und drückte ihnen sein Bedauern aus, sich aus Gesundheitsgründen nicht lange mit ihnen unterhalten zu können. Der Minister des Aeußeren werde ihnen Angaben über die letzten Ereignisse machen. Mischkowitz gab darauf eine vollständige Darstellung von diesen Ereignissen. Er erklärte, die montenegrinische Armee habe mehr als ihre Pflicht getan und habe nur der Ueberzahl und aus Mangel an Lebensmitteln und Munition nachgegeben. Der Minister erhob energisch Einspruch gegen die Anklage der Presse wegen Verhandlungen zwischen Oesterreich und Montenegro und schloß: Wir haben alles geopfert, um die Verpflichtungen gegen die Alliierten zu halten, das Leben unserer Soldaten, sogar unser Land. Man suche wenigstens nicht unsere Ehre anzutasten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die **Stocharbeiter** nahmen in ihrer Branchenversammlung am Dienstag den Jahresbericht ihrer Kommission entgegen. Aus demselben geht hervor, daß die Kommission eine den Verhältnissen entsprechende roge Tätigkeit entfaltet hat. Sie erstreckte sich vor allem darauf, daß der gewerkschaftliche Geist unter den Kollegen gepflegt und die organisatorischen Arbeiten nach Kräften gefördert wurden. Besonders richtete die Kommission ihr Augenmerk darauf, daß die Bestimmungen des Tarifs innegehalten werden und der paritätische Arbeitsnachweis nicht umgangen wird. Im November wurde die Bewegung zur Erlangung einer Teuerungszulage mit Erfolg durchgeführt. — Die Zahl der gegenwärtig in der Stoßbranche beschäftigten Personen und Betriebe ist nur etwa halb so groß, als sie unmittelbar vor dem Kriege war. Wie in vielen anderen Berufen, so hat unter der Einwirkung der Kriegsverhältnisse auch in den Stoßfabriken die Frauenarbeit ihren Einzug gehalten. Allzu groß ist ihr Umfang bis jetzt noch nicht. Die Kommission macht es den männlichen Kollegen zur Pflicht, die neuen Kolleginnen für den Verband zu gewinnen und darauf zu halten, daß die Frauen bei gleicher Arbeitsleistung auch den gleichen Lohn bekommen, wie die männlichen Arbeiter. Wenn das geschieht, dann ist es nicht möglich, durch Ausnutzung der Frauenarbeit die Löhne zu drücken. — Die Versammlung bekundete ihr Einverständnis mit der Tätigkeit der Kommission durch Wiederwahl der bisherigen Mitglieder, soweit dieselben nicht aus besonderen Gründen abgelehnt hatten.

Deutsches Reich.

Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Am Dienstag fanden im Reichsamt des Innern unter Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Caspar Verhandlungen über die Erneuerung des am 15. Februar ablaufenden Reichstarifvertrages im Malergewerbe und des von den Gehilfenorganisationen mit dem Bund deutscher Dekorationsmaler vereinbarten Tarifvertrages statt. Im Laufe der eingehenden mit größter Sachlichkeit geführten Verhandlungen verwies die Vertretung der Gehilfenorganisationen nachdrücklich auf die bestehende Verteuerung der Lebenshaltung, die besonders auf die Minderbemittelten, auf die Arbeiter schwer lastet; weiter wurde auf die schon seit längerer Zeit ungenügenden Lohnverhältnisse im Malergewerbe hingewiesen. Unter Zugrundelegung der durchschnittlichen Jahreseinkommen der Malergehilfen und auf Grund anderen statistischen Materials konnte ferner dargelegt werden, wie schwer die Folgen des Krieges auch auf die Arbeiter des Malergewerbes lasten. Die Unternehmer machten dagegen ihre jetzige mißliche Lage geltend, sie wiesen auf die jetzige ungünstige Lage des Malergewerbes, auf die Materialteuerung, die Anstichverbote für gewisse Außenarbeiten, das Fehlen von Kriegsaufträgen und besseren Renovationsarbeiten u. a. hin. Diese Angaben wurden im allgemeinen von den Vertretern der Gehilfen ebensowenig bestritten wie deren Ausführungen von den Unternehmern. Schließlich wurde aber doch anerkannt, daß die allgemeine Teuerung eine Lohn-erhöhung für die Arbeiter rechtfertigt.

Nach siebenstündigen Verhandlungen und nach vielen Bemerkungen des Vertreters der Reichsregierung kam schließlich eine Einigung zustande. Danach erhalten — die Zustimmung der Organisationen vorausgesetzt — vom 1. März an alle Arbeiter des Malergewerbes in Städten mit neunstündiger täglicher Arbeitszeit eine Kriegsteuerungszulage von 6 Pf., in Städten mit längerer Arbeitszeit von 8 Pf. pro Stunde. Die Zulage ist auf alle bisher gezahlten, auch mehr als den Mindestlohn betragenden Löhne zu

zahlen. Neu in Arbeit tretenden Gehilfen ist mindestens der Tariflohn und die Teuerungszulage zu gewähren.

Die Tarife werden im übrigen bis 15. Februar 1917 verlängert. Wenn jedoch bis 31. Dezember 1916 mit einer der europäischen Großmächte noch kein Frieden geschlossen ist, so gilt die getroffene Abmachung bis 15. Februar 1918. Von dieser Bestimmung hat sich der Unternehmerverband das Rücktrittsrecht für den Fall vorbehalten, daß bei den kommenden Verhandlungen im Baugewerbe etwas anderes vereinbart werden sollte. Die Parteien sollen bis 15. Februar die Zustimmung ihrer Mitglieder oder Organisationsinstanzen einholen. Vom Verband der Maler wird zu diesem Zwecke eine Generalversammlung einberufen.

In den Verhandlungen war auch der westdeutsche Malerverband mit zugelassen, der seit 1913 keinen Tarifvertrag mehr anerkennt, und, durch den Krieg begünstigt, sich auch jetzt beharrlich sträubte, die feinerzeit ausgesprochene Lohnhöhung voll zu zahlen. Der antweipende Vertreter dieser vom Unternehmerverband feinerzeit wegen Tarifbruchs ausgeschlossenen Organisation erklärte am Dienstag, seinen ganzen Einfluß einsetzen zu wollen, damit nunmehr auch der Reichstarif und die früheren Schiedssprüche in vollem Umfang ebenfalls in Rheinland-Westfalen anerkannt und die vereinbarte Kriegsteuerungszulage auch dort durchgeführt wird. Die Erklärung hierüber soll bis 28. Februar erfolgen.

An den Verhandlungen nahmen von den Parteien 11 Vertreter des Verbandes der Maler, 2 Vertreter vom Christlichen Verband, 1 vom Hirsch-Dunkersehen Verband, 9 Vertreter des Unternehmerverbandes und je 1 Vertreter vom Bund deutscher Dekorationsmaler und des Westdeutschen Malermeisterverbandes teil.

Aus der Partei.

Stellungnahme zur Fraktionshaltung.

In einer Funktionärskonferenz des dritten Berliner Reichstagswahlkreises wurde nachstehende Resolution angenommen:

Die Bezirksleiterkonferenz des dritten Berliner Reichstagswahlkreises erklärt sich mit dem Beschluß des Zentralvorstandes über das selbständige Vorgehen der Minderheit der Reichstagsfraktion einverstanden. Sie bedauert, daß Reichstagsvertreter ihres Kreises nicht unter dieser Minderheit zu finden.

Die Kreisversammlung ist im Gegensatz zum Beschluß des Parteiausschusses der Auffassung, daß durch die Aktion der Minderheit der Reichstagsfraktion die Schlagkraft der Partei gefördert und nicht gelähmt wird.

Zum Beschluß der preussischen Landeskommission erklärt die Konferenz, daß sie es nicht billigt, der Landtagsfraktion eine von der bisherigen prinzipiellen sozialistischen Auffassung abweichende Parteipolitik vorzuschreiben zu lassen. Die Konferenz begrüßt die Erklärung der Landtagsfraktion und stellt sich auf den Boden dieser Erklärung.

Von 72 anwesenden Funktionären stimmten für den ersten und zweiten Teil der Resolution 65 Genossen und dagegen 7, für den dritten Teil stimmten 69 und dagegen 3.

Eine Kreisversammlung des 22. sächsischen Reichstagswahlkreises (Strömberg-Buerbach, Vertreter Dr. Neusch), die zu den gegenwärtig strittigen Parteistragen Stellung nahm, tagte am Sonntag in Reichenbach. Alle Ortsgruppen hatten Vertreter entsandt, auch eine Anzahl Genossen wohnten den Verhandlungen als Gast bei. Nach ausführlicher Aussprache wurde folgende Willenserklärung einstimmig angenommen:

Die am 23. Januar in Reichenbach tagende Konferenz der Vertrauensleute des Sozialdemokratischen Vereins für den 22. sächs. Reichstagswahlkreis läßt sich dem Gutachten des Parteiausschusses vom 8. Januar 1916 an und erwartet von den Genossinnen und

Genossen des Wahlkreises, daß sie wie bisher auch in Zukunft allen etwa auftretenden Verpönderungsversuchen der so notwendigen Parteieinheit mit aller Energie entgegenzutreten.

Sie bedauert, daß in der gegenwärtigen Zeit die Abhaltung eines Parteitagess unmöglich ist.

Eine Disziplinar-Konferenz des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den Wahlkreis Torgau-Liebenwerda beschloß nach ausgiebiger Diskussion:

Die Konferenz steht auf dem Boden der Minderheit der Partei und bedauert aufs tiefste die Haltung der Fraktionsmehrheit im Reichstags. Die Sitzung ist aber gegen jede Spaltung der Partei und vielmehr der Meinung, daß kapitalistische System wird die Mitglieder der Mehrheit von selber zur sozialistischen Politik zurückführen.

Aus Industrie und Handel.

Zur Lage der deutschen Zeitungen.

Eine nach Berlin einberufene von mehr als 3000 Mitgliedern aus allen Teilen Deutschlands besuchte außerordentliche Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger beschloß am 23. d. Mis. eingehend mit der überaus ersten Lage der deutschen Zeitungen. Im Vordergrund der Erörterung stand die Papierfrage. Es wurden folgende Entschlüsse gefaßt:

Um die bereits eingetretenen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Zeitungsdruckpapier nicht zu einer Papiernot ausarten zu lassen, beauftragt die heutige außerordentliche Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger den Vorstand, unterzöglich mit der Reichsregierung in Verbindung zu treten, um diese zu veranlassen, im Einvernehmen mit dem Vorstande des Vereins Deutscher Zeitungsverleger und nach dessen Vorschlägen auf dem Verordnungswege eine zweckentsprechende Einschränkung des Verbrauchs von Zeitungsdruckpapier während der Kriegsdauer herbeizuführen.

Die heutige außerordentliche Hauptversammlung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger beauftragt den Vorstand, den Herrn Reichsanwalt zu bitten, gemeinsame Verhandlungen zwischen den deutschen Zeitungsdruckpapierfabrikanten und den deutschen Zeitungsverlegern unter Leitung der zuständigen Regierungsstelle zu veranlassen, um für die Zukunft Verkaufspreise für Zeitungsdruckpapier festzusetzen, die ein ungehindertes Fortschreiten der deutschen Zeitungen ermöglichen. Gleichzeitig beauftragt die außerordentliche Hauptversammlung den Vorstand, die Bestrebungen der deutschen Druckpapierfabriken zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe mit allem Nachdruck zu unterstützen.

In der Dessenlichkeit, selbst bei einer großen Anzahl von Behörden, ist die irrige Auffassung verbreitet, daß die Zeitungsverleger durch die bei einzelnen Blättern während des Krieges eingetretene Steigerung der Auflage mehr oder weniger hohe Geschäftsgewinne erzielt hätten. Es wird ganz übersehen, daß die Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft, die das finanzielle Rückgrat jeder deutschen Zeitung bilden, ausnahmslos stark, ja in vielen Fällen um mehr als die Hälfte zurückgegangen sind. Dabei sind die Ausgaben für die Herstellung der Zeitungen, insbesondere des redaktionellen Teiles, außerordentlich gestiegen, so daß sich das Zeitungsgewerbe durchweg in einer Notlage befindet. Eine ganze Anzahl von Zeitungen ist daher mit Ausbruch des Krieges zum Erliegen gekommen und hat das Erscheinen eingestellt.

Zigarettenaufträge für Ausland. Wie die „Vereinigten Zigaretten“ erfahren, hat das Zigarettenamt des Oberbefehlshabers Ost schon an circa 20 deutsche Zigarettenfabriken Aufträge auf Zigaretten erteilt und mit seiner Zigarettenverkaufsorganisation den Vertrieb an Groß- und Kleinverläufer in Russland und Litauen aufgenommen. In wenigen Tagen sind bereits Aufträge in Höhe von sechs Wagenladungen bei dem Zigarettenamte eingegangen.

A. WERTHEIM

Fische

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

- Grüne Heringe Pfd. 45 Pf. 5 Pfd. 2.10
- Jütländer Schellfische . . . Pfund 1 M.
- Norweger Schellfische Pfd. 65 70 Pf.
- Norweger Kabeljau ^{in ganz. Fisch} ^{ohne Kopf} 75 80 Pf.
- Norweger Seelachs ^{in ganz. Fisch} ^{ohne Kopf} 70 Pf.
- Norweger Goldbarsche Pfund 55 Pf.

Salzfische 35 40 45 Pf.
Kostproben von 11—1 und 5—7 Uhr.

- Frisch. Ostsee-Dorsch ^{1 Kilogramm} Pfd. 80 Pf.
- Eisforellen ^{1 Kilogramm} Pfd. 2 M.
- Lebende Forellen ^{1 Kilogramm} Pfd. 3 M.
- Lebende große Aale . . Pfund 2.50
- Frische Seemussheln 5 Pfund 40 Pf.
- 10 Pfund 75 Pf. Sack 100 Pfund 6.50

Obst u. Gemüse

Donnerstag, solange Vorrat

- Rote Tafel-Aepfel . . . Pfund 20 Pf.
- Grosse Koch-Aepfel . . Pfund 18 Pf.
- Blut-Apfelsinen Dutzend 85 u. 1.20 Pf.
- Zitronen Dutzend 45 Pf.
- Mandarinen Pfund 40 Pf.
- Rotkohl (Holländer) . . Pfund 20 Pf.
- Wirsingkohl (Holländer) . Pfund 14 Pf.
- Weisskohl (Dänischer) . . Pfund 10 Pf.
- Kohlrüben Pfund 5 Pf.
- Rosenkohl Pfund 35 Pf.
- Spinat Pfund 20 Pf.
- Chicoree Pfund 30 Pf.
- Bay. Rettige Stück 5 Pf.

Räucherwaren

Donnerstag und Freitag

- Geräucherte Sprotten . . ¼ Pfund 45 Pf.
- Kieler Sprottbäcklinge . . ¼ Pfund 40 Pf.
- Hamburger Fettbäcklinge . Stück 20 Pf.
- Kieler Bäcklinge 2 Stück 25 Pf.
- Geräucherte Fleckheringe . Stück 40 Pf.
- Geräucherte Makrelen . . Stück 35 Pf.
- Stralsunder Bratheringe 4-Ltr.-Dose 5.75
- Frische Heringe in Gelee 4-Ltr.-Dose 5.75
- Rollmops 4-Ltr.-Dose 5.60
- Nords.-Mussheln ^{5 Pf.} 35 Pf. 4-Ltr.-Dose 4.50
- Aal in Gelee ¼ Pfund 80 Pf. 4-Ltr.-Dose 8.50
- Thüringer Sauerkohl . . . Pfund 15 Pf.
- Mixed Pickles Pfund 65 Pf.
- Fischbrühwurst Pfund 1.40
- Geräucherter Lachs . . . ¼ Pfund 1.10
- Geräucherte Oder-Aale 2.70 3.20 3.60
- Prima Kaviar Pfund 24 M.
- Kaviar leicht gefärbt . . . Pfund 5 M.
- Sardellen Pfund 90 Pf. 1.80

Ausländ. Käse

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

- Geheimratskäse für die Feldpost St. 2 M.
- Emmentaler Schweizerkäse . Pfund 2 M.
- Emmentaler Schachtelkäse . Stück 1.70
- Emmentaler Kräuterkäse . . Stück 30 Pf.
- Edamer Käse ^{in ganzen Kugeln} Pfund 1.90 2 M.
- Holländer Vollfettkäse . . . Pfund 2.40
- Holländer Käse 2 M. 2.20 2.30
- Holländer Brotkäse 2 M.
- Frische Land-Eier . . Stück 23 u. 25 Pf.

Südliger Verkauf Viandal Deutsche Krautwürze, von vorzüglicher Qualität. (Allein-Verkauf für die Berliner Warenhäuser)
Töpfe per ¼ ½ ¾ Pfund
1.25 2.50 3.50 6 M.

Kolonialwaren

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

- Gemischtes Backobst Pfund 72 88 Pf.
- Calif. Aprikosen Pfund 1.20
- „ Birnen Pfund 1.10 1.20 1.45
- „ Pfirsiche Pfund 78 Pf.
- „ Pfirsiche, geschält . . . Pfund 1.05
- „ Pflaumen Pfund 98 88 Pf.
- Bosnische Pflaumen . . . Pfund 72 Pf.
- Zapfen-Birnen Pfund 62 Pf.
- Folgen Pfund 52 Pf.
- Getrocknete Steinpilze . . Pfund 3.40
- Maisgries Pfund 52 Pf.
- Kartoffelmehl Pfund 28 Pf.
- „Kuchenfix“, die fertige Kuchenmasse, ohne Brotmarken verkäuflich . . Paket 78 Pf.

Marmelade

leicht gefärbt — Verkauf am Butterlager

- Pflaumen mit Apfel . . . Pfd. 58 Pf.
- Himbeer mit Apfel . . . Pfd. 58 Pf.
- Himbeer-Konfitüre . . . Pfd. 78 Pf.
- Orangen-Konfitüre . . . Pfd. 78 Pf.
- Saure Kirschen-Marmel. Pfd. 78 Pf.
- Gem. Frischobst-Marmel. Pfd. 50 Pf.
- Vierfrucht-Marmelade . . Pfd. 50 Pf.
- Pflaumen-Marmelade . . . Pfd. 58 Pf.
- Thüringer Pflaumenmus . . . Pfd. 60 Pf.
- Rheinisches Apfelkraut . . . Pfd. 60 Pf.
- Kunsthonig flüssig oder dick . . Pfd. 35 Pf.

Fleisch

Verkauf Donnerstag

- Schmorfleisch mit Knochen Pfd. 1.50
- Rinderkamm Pfund 1.40
- Rinderquerrippe Pfund 1.30
- Roastbeef mit Knochen . . Pfund 1.40
- Kalbskeule im Ganzen . . Pfund 1.60
- Kalbskeule geteilt Pfund 1.70
- Kalbsrücken im Ganzen . . Pfund 1.50
- Kalbskamm u. -Brust . . Pfund 1.45
- Kalbshaxe Pfund 90 Pf.
- Hammelkeule im Ganzen . Pfund 1.70
- Hammelrücken Pfund 1.70
- Hammeldünnung Pfund 1.50
- Pökelrinderzunge Pfund 1.40
- Gehacktes Fleisch Pfund 1.40

Geflügel

Donnerstag und Sonnabend

- Suppenhühner gefroren . 1.60 1.80
- Brathühner gefroren Pfund 2 M. 2.50
- Suppenhühner Pfund 2.40
- Mastenten Pfund 2.10 2.30
- Mastputen Pfund 2.20 2.30
- Rögenwald, Gänsefleisch gepökelt Pfd. 1.90
- In Pässern, etwa 150 Pfd. . . Pfund 1.75
- Wildenten Stück 2 M.
- Birkwild ^{nur Leipziger Straße}
- Schneehühner Stück 2.50 2.80

In dieser Woche Sonder-Preise **Porzellan · Glaswaren Wertschafts-Artikel**

Aus Groß-Berlin.

Verbot von Ausverkäufen usw. für Web- und Wirkwaren.

Amtlich. Berlin, 26. Januar. (B. L. B.)
 Auf Grund des § 9b des Preussischen Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851, in Bayern auf Grund des § 4 des Bayerischen Gesetzes über den Kriegszustand vom 5. November 1912 in Verbindung mit der Allerhöchsten Kabinettsorder vom 31. Juli 1914, den Uebergang der vollziehenden Gewalt auf die Militärbehörde betreffend, werden hiermit für den Monat Februar jede Art von Sonder-Ausverkäufen, wie Inventur- oder Saison-Ausverkäufen, sogenannte Heiße Wochen oder Tage, Propaganda- und Reklame-Wochen oder Tage sowie jede andere eine besondere Beschleunigung des Verkaufs bezweckende Veranstaltung, insbesondere die Ankündigung von Verkäufen zu herabgesetzten Preisen für Web- und Wirkstoffe und für Waren, die aus Web- und Wirkstoffen hergestellt sind, oder bei deren Herstellung Web- oder Wirkstoffe verwandt sind sowie für alle Strickwaren verboten.

Der Oberbefehlshaber in den Marken.
 v. Kessel,
 Generaloberst.

Vom Kartoffelkneinhandel in Berlin.

Die Organisation des Kartoffelkneinhandels in Berlin wird durch die neuerlichen Bestimmungen betreffend die Erhöhung des Erzeugerhöchstpreises nicht berührt, insbesondere wird auch der Kleinhandel weiterhin, sofern überhaupt Kartoffeln herankommen, solche feilhalten können. Der Kartoffelkneinhändler bezieht die Ware von denjenigen Großhändlern, welche auf Grund von Bezugsscheinen und entsprechenden Anweisungen der Gemeinde die Kartoffeln in den Lieferungskreisen gekauft haben. Die städtischen Verkaufsstellen bleiben natürlich daneben aufrechterhalten, um im Falle von Störungen in der Zufuhr an die Kleinhandlung das Publikum mit Kartoffeln zu versorgen.

Die verschwundenen Kartoffeln.

Uns wird geschrieben: „Es war bisher schon schwer, in Berlin Kartoffeln zu erhalten, seit gestern fällt sie in Berlins Kleinhandel auf einen Ausverkauf. Die Kartoffelknappheit, die durch Aufhebung der Produzentenhöchstpreise beseitigt werden sollte, ist durch diese gerade herbeigeführt. In der amtlichen Mitteilung heißt es: „Für den Verbraucher wird diese Anordnung bis auf weiteres nicht sichtbar werden.“ Die Händler erklärten dagegen den amtlich getriebenen Verbrauchern, daß sie bei einem Einkaufspreis von 4 M. die Kartoffeln nicht zu einem ebenso hohen Verkaufspreis abgeben könnten und schafften ihre Vorräte rücksichtslos in ihre Keller, um erst eine ihnen selbstverständliche Erhöhung der Kleinhandelspreise abzuwarten. Es wird jetzt Aufgabe der Behörden sein, die Händler rücksichtslos zur Abgabe der vorhandenen Vorräte zu zwingen, um nicht Szenen heraufzubeschwören, wie sie seinerzeit die Butterpreisdreherei verursachte. Die Kartoffeln, die ja doch zu den allerniedrigsten Preisen eingekauft worden sind, müssen aus den Lagerräumen wieder in die Verkaufsräume geschafft und die Händler zur Abgabe unter den bisherigen Bedingungen angehalten werden. Eine Abweisung der Käufer trotz vorhandener Vorräte, wie sie gestern vielfach vorkam, darf unter keinen Umständen gebüßt werden. Es muß den Verkäufern klar gemacht werden, daß für Exportprofite jetzt nicht die Zeit und auch bei den Behörden kein Verständnis dafür vorhanden sei.“

Steigende Fleischpreise — fallende Viehpreise.

Die Fleischpreise klettern immer höher hinauf; für ein Pfund Hammelfleisch wird bereits ein Preis von 2 Mark und darüber verlangt. Schweinefleisch bekommt man nur unter der Bezeichnung: „Ausländisches Fleisch“ zu kaufen, wofür ein Preis von 2,50 bis 3,00 Mark pro Pfund angelegt werden muß, es sei denn, es gäbe einem städtischen Gefrierfleisch für 1,40 Mark zu erhalten. Nach dem Marktbericht vom letzten Sonnabend sind bei Kindern, Säugern und Schafen die Preise je nach der Qualität um 5 bis 20 Mark pro Zentner gefallen. Es wird die Frage aufgeworfen, wie es kommt, daß die Laderpreise für Fleisch steigen, während die Viehpreise eine sinkende Tendenz aufweisen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ greift die Tatsache auf und teilt noch folgendes mit: „Tatsache ist jedenfalls, daß die Höchstpreise im Fleisch- und Wurstverkauf von Anfang an fast gar nicht oder nur der Form nach beachtet worden sind und die Preisüberwachungsstellen äußerlich kaum oder überhaupt nicht in Erscheinung treten. Es wird uns sogar ein bestimmter Fall berichtet, in welchem ein Strafverfahren wegen erheblichen Minderergewichts — auch eine Form der Preissteigerung — von der Behörde als unerblicklich abgelehnt wurde. Unter diesen Umständen ist ein Verhalten der Fleischverkäufer auf ihren Preisen trotz der billigeren Viehpreise sicher zu erwarten; vielleicht erlebt man sogar Steigerungen mit der jetzt üblichen Ausrede, daß es sich um ausländisches Fleisch handle.“

Steigende Fleischpreise sind mit sinkenden Viehpreisen nicht vereinbar; noch weniger die von der „Tageszeitung“ behauptete ständige Ueberirdigkeit der festgesetzten Höchstpreise. Soll das ruhig so weitergehen?

Arbeiter-Bildungsschule. Es sei nochmals daran erinnert, daß heute Donnerstag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, der acht Abende umfassende Kursus beginnt, in dem Genosse Eduard Bernstein die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie behandelt wird.

Der Kursus findet im Hörsaal der Schule, Lindenstr. 3, 4. Hof rechts, 3 Treppen, statt. Das Hörgeld für die acht Abende beträgt 50 Pf.

Aufklärung eines großen Warendiebstahls.

Wie wir kürzlich berichteten, war ein hiesiges Expeditionsgeschäft durch einen Autodieb schwer geschädigt worden, der eine Warenladung im Werte von etwa 30 000 M. gestohlen hatte. Der Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, den Dieb in der Person des 21 Jahre alten, aus Giesdorf gebürtigen ehemaligen Fürsorgezöglings Judowski zu ermitteln und zu verhaften. J. hatte in der Kurtus-, Pulad- und Steinstraße drei Läden gemietet, in denen vorher Freiwirtschaft und eine Schankwirtschaft betrieben worden waren. An diesen drei Stellen war er mit dem ihm anvertrauten Gehpann befahren und hatte alles abgeladen. Die Läden sollten nur solange

als Unterstand dienen, bis er Abnehmer für die reiche Ware gefunden hätte. Einen kleinen Teil verkaufte er bald, um „Bewegungsgelder“ zu haben. Auch für die andere Ware hatte er schon Bewerber, als die Kriminalpolizei auf seine Spur kam. Judowski hatte sie durch die erdichtete Mitteilung, daß die Waren zu einer bestimmten Zeit an einer bezeichneten Stelle in der Stadt auftauchen würden, irre zu führen und abzutunnen versucht. Weiter ergab sich, daß die Geliebte des J., eine 24 Jahre alte Charlotte Sivern, ihre Hand im Spiele gehabt hatte. Auch diese wurde ermittelt. Sie hatte in Roabit unter dem Namen Schröder in der Roskoder Straße eine Wohnung gemietet, die ein Versteck für J. bot. Das Paar hatte aus dem Erlös der verkauften Sachen so viel, daß es gut leben konnte. Nachdem die Beamten das Mädchen festgenommen hatten, beobachteten sie die Wohnung und verhafteten auch den Dieb, als er dort eintreten wollte. — Noch nicht aufgeklärt ist eine andere Unterschlagung gleicher Art. Geschädigt ist auch in diesem Falle eine Expedition. Hier wurden für 10 000 M. Waren gestohlen. Auf die Ermittlung dieser Waren ist eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt.

Kaiser-Geburtstagschießen um — Butter und Fettwaren?

Die Berliner Schützenvereine veranstalten alljährlich am Geburtstag des Kaisers oder an dem darauf folgenden Sonntage sogenannte Kaiser-Geburtstagschießen, bei denen mehr oder minder wertvolle Preise verteilt werden. In diesem Jahre ist hierin bei vielen dieser Vereine eine Milderung eingetreten, denn als Preise werden keine Luxusgegenstände, sondern, den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, Lebensmittel der verschiedensten Art verteilt. So gibt der Gemütsche Schützenklub Berlin bekannt, daß als Preise — Butter und andere Fettwaren ausgedacht werden. Der Säligenhausfrau wird das bedeutend seltener sein, als wenn der Herr Schützenpapa einen silbernen Becher, ein Schild, einen Zigarrenbehälter oder gar Biergegenstände mit nach Hause bringt. Die „Schützenschwestern“ dieses Vereins verzichten übrigens auf den üblichen „Königsloffe“. Der Schützenkönig überweist die hierfür stets aufzuwendende Summe von 100 M. der Königsloffe.

Großfeuer in Weihensee.

In der Streustr. 80/88 in Weihensee kam in der Nacht zu Mittwoch, vermutlich durch Selbstentzündung, ein Großfeuer zum Ausbruch. Als die Gefahr bemerkt wurde, stand ein langgestrecktes Fabrikgebäude der Magnesialwerke Weihensee G. m. b. H. in ganzer Ausdehnung in Flammen. Diese leuchteten weithin. Angesichts der großen Ausdehnung des Feuers wurde auch die Berliner Feuerwehr alarmiert, die einen Löschar der S. Kompagnie entsandte, der mit einem B- und einem C-Motze von Motorpumpen wieksam wirkte. Die Weihensee Wehr griff mit mehreren Schlauchleitungen an. Die übrigen Wehren, die später erschienen, kamen nicht mehr in Tätigkeit. Das Fabrikgebäude der Magnesialwerke ist niedergebrannt. Die angrenzenden Gebäude und auch die des Deutschen Luftverkehrs-Syndikats in der Lehdorfer Str. 84/85 konnten geschützt werden. Der erhebliche Schaden ist durch Versicherungen gedeckt. Der Betrieb soll weitergeführt werden.

Das Verschwinden eines ungleichen Liebespaares beschäftigt die Kriminalpolizei in Neudöan. Der 15 Jahre alte Arbeitsbursche Rogozinski, der als ein ordentlicher Junge geschildert wird und bei seiner Pflegemutter Frau Marie Schulz in der Bäckerstraße 15 wohnt, entbrannte in Liebe zu einem erheblich älteren Dienstmädchen, das auch keine Keigung erwiderte. Seine Angehörigen aber wollten natürlich von dieser Liebelei nichts wissen. Das nahm sich der Junge so zu Herzen, daß er ihnen erklärte, er werde sich das Leben nehmen. Am 18. d. M. verschwand er aus der Wohnung und ließ seitdem nichts mehr von sich hören. Auch das Dienstmädchen ist seit dem Tage verschwunden. Ob sich das Paar wirklich das Leben genommen hat, läßt sich nicht sagen. Der junge Rogozinski ist 1,70 Meter groß, hat dunkelblondes Haar und ein frisches Gesicht und trägt ein graublaues Jackett, einen braunen Filzhut und schwarze Schürschuhe. Etwaige Mitteilungen über den Verbleib des Pärchens nimmt die Neudöaner Kriminalpolizei entgegen. Bisher ist noch nicht die geringste Spur von ihm gefunden.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall hat sich gestern nachmittag vor dem Hause Wilmersdorfer Str. 28 ereignet. Die sechsjährige Margarete Kleinfeld lief unmittelbar vor einem in der Richtung nach dem Gesundbrunnen verkehrenden Straßenbahnwagen der Linie 41 auf das Gleis. Da der Führer trotz größter Bemühungen seinen Wagen auf so kurze Entfernung nicht mehr zum Stehen zu bringen vermochte, wurde das Mädchen unterfahren. Die Kleine geriet unter die Schutzvorrichtung und konnte nur noch als Leiche herborgelassen werden.

Aus der Spree geborgen wurde gestern am Grünewald die Leiche des vier Jahre alten Knaben Herbert Clements, der bei seinen Großeltern in der Falkensteinstr. 37 wohnte. Der Knabe ist wahrscheinlich beim Spielen ins Wasser gestürzt und ertrunken.

Einstellung einer Omnibuslinie. Der Betrieb der Pferde-omnibuslinie 21 Wedding (Rettelbedplatz) — Görliger Bahnhof wird am Sonnabend, den 29. Januar abends bis auf weiteres eingestellt.

Aus den Gemeinden.

Verkauf städtischer Hülsenfrüchte in Wilmersdorf.

In der Zeit vom 31. Januar bis 13. Februar 1916 werden von der Stadt Wilmersdorf durch Vermittlung der Händler Bohnen und grüne Erbsen an die Einwohner abgegeben. Der Verkauf erfolgt nur gegen gleichzeitige Vorsetzung der städtischen Ausweiserte und der betr. Protokarte; er ist für jede Karte und Woche auf 1/2 Pfund von jeder Sorte beschränkt.

Gemeindevertreterziehung in Weihensee.

In der letzten Sitzung wurde der Sparkasten festgesetzt. Die Nebenstelleninhaber der Sparkassen sollen für ihre Tätigkeit mit 1/2 Proz. der Einlagen entschädigt werden, ebenso die Lehrer, welche die Schulparzellen verwalten. Zu Vorsitzenden des Kaufmannsgerichts wurden wiedergewählt: Beigeordneter Dr. Klamroth, Syndikus Knothe und Rechtsanwalt Müller. Eine hinausgeschleubte der Fügung der Anteile für das Jahr 1916 soll in demselben Umfang erfolgen wie für das Staatsjahr 1915. Die schlechte Kartoffelversorgung durch die Händler wurde gekennzeichnet und um Abhilfe angetragen. Vom Bürgermeister wurde mitgeteilt, daß der Kartoffelverkauf der Gemeinde sehr flott gehe und dieser täglich für den Kleinverkauf in der Verkaufsstelle, Langhansstr. 108, nachmittags von 4—7 Uhr stattfindet. Von 14 000 Zentnern bestellten Kartoffeln sind bereits 6500 Zentner verkauft. In Zukunft sollen auch Kartoffeln in Mengen bis zu drei Zentnern abgegeben werden. Restentnahmen wöhlen ihre Bestellungen im Bauverwaltungs-Bureau, Viktorienstr. 24, abgeben. Die von einem Privatunternehmer eingereichten beiden Verkaufsstellen, die unter Kontrolle der Gemeinde stehen, haben bisher abgesetzt: 6000 Zentner Kartoffeln, 3000 Zentner Gemüse, 460 Zentner Obst, 100 Zentner Feingeh., 300 Zentner Wurst; außerdem wöhlenlich 100 Zentner Knochen.

Kriegsgarnison in Rönien.

Nach einer Mitteilung des Magistrats wird die Stadt vom kommenden Monat ab mit Militär für die Dauer des Krieges belegt

werden. Die Truppen werden voraussichtlich Ende Februar in Stärke von 2800 Mann einrücken. Ruffer in öffentlichen Gebäuden, Schulen usw. wird die Kriegsgarnison auch in Gastwirtschaften untergebracht werden.

Berichtszeitung.

Betrug gegen den Militärskus.

Die am 18. Oktober gegen den Vorsitzenden der Fuhrwerksberufsgenossenschaft, Fuhrunternehmer Johann Knauer, vom Landgericht Berlin II ausgesprochene Verurteilung zu 2000 M. Geldstrafe wegen Betrugs gegen den Militärskus beschäftigte am Dienstag das Reichsgericht.

Der Angeklagte hatte auf die Frage eines Mitgliedes der militärischen Abschlagskommission, wieviel er für einen Kraftwagen bezahlt habe, den das Militär erwerben wollte, 19 500 Mark angegeben. Auf Vorhalt, daß das doch nicht möglich sei, da die Fahrzeugwerke solche Wagen für 17 000 M. verkaufen, erwiderte der Angeklagte, er habe 18 000 M. bezahlt. Tatsächlich hatte er nur 16 500 M. bezahlt. Das Gericht erklärte in den unwahren Angaben einen Betrugsversuch, verurteilte den Angeklagten aber entgegen dem auf drei Monate Gefängnis lautenden Antrag des Staatsanwalts unter Annahme mildernder Umstände — Angeklagter hat Spenden der Kriegsfürsorge zugewendet — nur zu der angegebenen Geldstrafe. Die Revision des Angeklagten stützt sich darauf, daß das Auto tatsächlich 19 500 M. wert gewesen sei. Das Reichsgericht hielt diese Mängel für begründet, weil, wenn die Angabe des Angeklagten zutrifft, eine Vermögensbeschädigung nicht vorliegen könne. Das Urteil wurde deshalb aufgehoben und zu einer weiteren Verhandlung, in der der Wert festzustellen ist, an das Landgericht zurückgewiesen.

Verbrechen gegen Kinder.

Ein umfangreicher Prozeß gegen neun Personen, die wegen Kuppelei und Sittlichkeitsverbrechen gegen noch nicht 14 Jahre alte Mädchen unter Anklage standen, ist gestern nach mehrtägiger Verhandlung vor der I. Strafkammer des Landgerichts I zu Ende gegangen.

Staatsanwalt Carl beantragte exemplarische Strafen, nämlich gegen die Hauptangeklagte, Zimmervermieterin Magdalene Weißhofer 6 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, gegen die Zimmervermieterinnen Eugenie Zeise und Amalie Wauisch je 2 Monate Gefängnis, gegen den Tapezierer Eduard Gaffke 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen den Kommissionsrat Albert Schilling 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, gegen den Militärinvaliden Albert Braun 1 Jahr Zuchthaus, gegen zwei weitere Angeklagte, den Glaser Eugen Danit und den Maurer Rud. Sommer je 1 Jahr Gefängnis, gegen den Musiker Paul Schön die Freisprechung. — Das Urteil lautete wesentlich milder; es wurden verurteilt: die Angeklagte Weißhofer zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Gaffke zu 1 1/2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, die Angeklagte Zeise zu 2 Monaten, die Wauisch zu 2 Wochen Gefängnis. Sämtliche übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Ein Teil der Angeklagten hatte Kinder unter 14 Jahren an Mäner verheiratet, ein anderer Teil der Angeklagten hatte die Kinder mißbraucht.

Schmiergelder.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte infolge Strafankrages des Vereins gegen das Verstoßungsweises, Styr Berlin, gegen den Werkmeister Robert Bösel wegen Verstoßung. Der Angeklagte war seit zehn Jahren in der Transformatorabteilung einer großen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin tätig und wurde vor kurzem wegen der zur Anlage stehenden Vorgänge entlassen. Das Gericht erachtete durch die Weisungsaufnahme für erwiesen, daß der Angeklagte keine technischen Erfahrungen, die er bei der Elektrizitätsgesellschaft erworben hatte, in den Dienst der Firma Postler u. Comp., Chemische Werke in Dresden-Niederlesitz, gestellt hat, wodurch die genannte Firma umfangreiche Mittelieferungen für die Elektrizitätsgesellschaft erlangte und sich jahrelang als alleinige Lieferantin behaupten konnte. Der Angeklagte hat nach seiner eigenen Angabe von der Lieferantenfirma mindestens 1000 M. erhalten und ferner darauf hingearbeitet, die Stelle eines ständigen Vertreters der Lieferantenfirma zu erlangen. Da der Angeklagte noch unbefristet war und nach Ansicht des Gerichts verfahren worden ist, so wurde eine Geldstrafe von 300 M. für angemessen erachtet. Außerdem wurde ein den nachgewiesenen Schmiergeldern entsprechender Betrag von 1000 M. dem Staat verfallen erklärt.

Aus aller Welt.

Eine Woche Gefängnis für Disziplinbruch in der Jugendkompanie. Wie aus Grünberg in Schlesien berichtet wird, hatte sich vor dem dortigen Schöffengericht der Klempnerlehrling Rixdorf aus Grünberg wegen eines Disziplinbruchs in der Jugendkompanie zu verantworten. Bei einer Uebung dieser Kompanie unter Leitung des Oberrechnungsrevisors Köndchen bemahm sich Rixdorf sehr gleichgültig, lachte höhnisch über Ermahnungen des Aufsehers, dem er schließlich mit geballter Faust so heftig ins Gesicht schlug, daß es stark anschwoll. Auch gegen den Leiter der Jugendwehr wurde Rixdorf tätlich, dann ließ er fort. Der Amtsanwalt beantragte 20 M. Geldstrafe, aber das Gericht ging weit darüber hinaus und verurteilte Rixdorf zu einer Woche Gefängnis mit der Begründung, die Uebungen der Jugendwehr seien ein Bestandteil des Fortbildungsschulunterrichts. Das Lehren aber sehe nach einer Entscheidung des Reichsgerichts das Pflichtungsrecht zu. Das ganze Verhalten des Angeklagten verdiene eine exemplarische Verurteilung.

Im Leuchtturm verhungert. Die „Tropf“ meldet, sind zwei Männer, eine Frau und drei Kinder durch den mexikanischen Dampfer „Meriko“ in einem Leuchtturm an der mexikanischen Küste fast verhungert aufgefunden worden. Fünfzig Tage lang hatten sie von Wasser und Fischen gelebt. Die Frau starb bald darauf. Trotz allem war das Signallicht brennend erhalten worden. Geordnet werden diese abgelegenen Leuchttürme alle zwei Monate verproviantiert, jetzt aber war das Boot mit Lebensmitteln wahrscheinlich durch den Krieg schon vier Monate ausgeblieben. Der Dampfer ließ Vorräte zurück und beschaffte die nächste mexikanische Küstenstation.

Der Gedankenleser Labero verhaftet. Aus Wien wird der „Post“ berichtet: Der Gedankenleser Labero (eigentlich Lober) wurde im Zirkus Bektow während der Vorstellung verhaftet. Er soll sich der Urkundenfälschung und erheblicher Betrügereien schuldig gemacht haben. Den Antrag auf Festnahme stellte die Staatsanwaltschaft in Freiburg i. B. — Man erinnert sich, daß Labero im Herbst v. J. auch in Berlin im Zirkus Bucht Vorstellungen gab.

Erdböden in Siebenbürgen. In verschiedenen Städten Siebenbürgens sind Erdstöße vorgekommen, so in Schäßburg, Kronstadt, Szilaghs-Szolotho, Raghened, Sächsisch-Regen und Fogaras. In Schäßburg, wo das Erdbeben morgens um 8 Uhr 37 Minuten verspätet wurde, sind Schornsteine umgestürzt und die Mauern an vielen Stellen gesprungen. Die Bevölkerung flüchtete ins Freie. Berunglückt ist niemand.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 430 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:
 Stappen-Inspektion der 8. Armee.

Infanterie usw.: Garde-Garde-Reg. Franz (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 209); Garde-Garde-Reg. Gren. bzw. Inf.-Reg. Nr. 1, 4 bis einschl. 9, 19, 20, 21, 31 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 210), 47 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 68), 49, 53, 55, 56, 57, 65 (f. auch Landst.-Inf.-Reg. Nr. 6), 73, 77, 78, 83 bis einschl. 86, 93, 95, 111, 113, 114, 116, 118, 121, 123, 140, 142, 146, 147, 152, 153, 157, 159 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 21), 163, 165, 168, 169, 171, 173, 175, 176, 184, 188, 189, 376, 377. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 8, 19, 20, 21, 36, 52, 53, 55, 56, 65, 66, 69, 72, 73, 75, 76, 78, 83, 118, 208, 210, 213, 221, 227, 229, 265. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 4. Landst.-Inf.-Regimenter Nr. 4 bis einschl. 9 (letzteres f. Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 4 Thorn), 18 bis einschl. 21, 23, 35, 77, 83, 84, 110. Landst.-Inf.-Regimenter Nr. 8 und 20. Ers.-Depot des 40. Reservekorps. Reserve-Depots des 3. und 6. Armeekorps, des 27. und 40. Reservekorps sowie der 14. Ref.-Div. Jäger-Bataillone Nr. 4 und 9; Ref.-Bataillone Nr. 17, 19, 22. Feld-Maschinengew.-Zug Nr. 122 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 19); Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 4 (Thorn); Festungs-Maschinengew.-Trupp 5 (Reg.); Festungs-Maschinengew.-Komp. Nr. 2a (Straßburg i. E.).
 Feldartillerie: 4. Garde-Reg. Regiment Nr. 24, 37, 41, 44,

46, 58, 71, 76, 108, 217, 220; Ref.-Regimenter Nr. 12, 15, 20, 51, 56; Gef.-Reg. Josten; Landst.-Reg. Nr. 3.
 Fußartillerie: 1. und 2. Garde-Reg.; 1. Garde-Reg.-Reg.; 1. und 2. Garde-Landst. Fußart.-Reg. Nr. 1.
 Pioniere: 1. Garde-Bat. Fußart.-Reg. Nr. 20; Bataillone: I. Nr. 8 (f. auch Minenwerfer-Komp. Nr. 15), I. und II. Nr. 16, III. Nr. 28. Ers.-Bat. des Pionier-Bat. Nr. 6. Pionier-Kompagnien Nr. 112, 287, 241, 271, 273, 274, 304; Ref.-Komp. Nr. 49; 1. Landst.-Komp. des 7. I. und 2. des 14. sowie 1. und 2. des 18. Armeekorps. Sturm-Abt. 1. Minenwerfer-Ers.-Bat.; Minenwerfer-Kompagnien Nr. 7, 15, 56, 254, 302.
 Verfehrstruppen: Leichte Funkstation Nr. 7. Feldvietterstation West-Litow.
 Train: Fußparafolonne Nr. 2 der 58. Inf.-Div.
 Hafenkommandantur Thorn.
 Festungs-Bootsabteilung Königsberg i. Pr.

Die Veröffentlichung der bayerischen Verlustliste Nr. 247, deren Inhalt gestern mitgeteilt wurde, wird fortgesetzt.
 Die württembergische Verlustliste Nr. 335 enthält Verluste des Ers.-Inf.-Reg. Nr. 51; Inf.-Regimenter Nr. 120, 121, 124, 125, 126; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 120, 246, 247; Fuß-Reg. Nr. 122; Landst.-Inf.-Regimenter Nr. 122, 123; Gren.-Reg. Nr. 123; Gebirgs-Maschinengew.-Abt. Nr. 250; Feldart.-Regimenter Nr. 29, 65; 2. Feldpionier-Komp.; Verluste durch Krankheiten; Be-richtigungen früherer Verlustlisten.

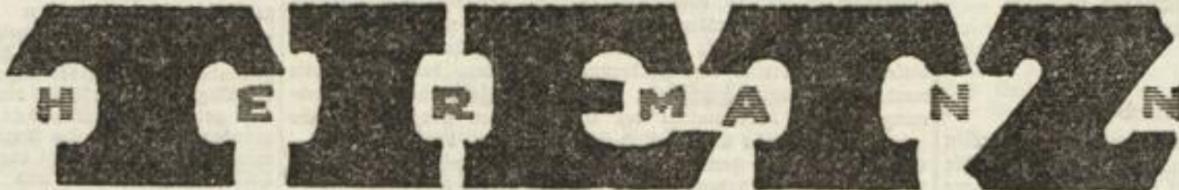
Deutscher Arbeiter-Abfindungsbund, Arbeitsgruppe Groß-Berlin. Heute Donnerstag, abends 9 Uhr, im Operntheater, Saal 9: Ver-sammlung. Vortrag des Herrn Dr. Binsch über: „Die Brot- und Brotfrage“.

Briefkasten der Redaktion.

N. 100. Die Kinder haben jetzt bei eingetretener Großjährigkeit Un-bruch auf Herausgabe des Erbteils. Mit ihrem Einkommen können sie durch eine Barzahlung aus dem Nachlass befreit werden. —
Dringensache 91. Wenn das Testament eigenhändig geschrieben, mit Orts- und Datumsangabe und Namensunterschrift versehen ist, ist es rechts-gültig. — **S. 50.** Sie können gegen diesen Beschluss der Waisenabteilung bis zum 31. Januar die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts, Neue Friedrichstraße, anrufen. — **G. D. 100.** Nein, Sie können das Zimmer nur am 15. zum 1. kündigen. — **H. S. 35.** Ein Besuch ist jetzt unmöglich. Zunächst muß die Gerichtsverhandlung abgewartet werden. — **B. III.** Ihr Schreiben ist uns nicht recht verständlich. Aber wenden Sie sich doch zunächst an den Zentralvorstand der Krankenkasse. — **G. D. 20. Ja. G. C. 50.** Sie müssen beim Volksgeldpräsidenten die Ausstellung eines Vosses beantragen. Ueber die Kosten und die Art der Reise erhalten Sie am besten Auskunft auf einem der Reisebüros. — **W. R. 3.** Durch Testament kann dem Mann in diesem Falle das Erbteil aberkannt werden. Wenn das nicht geschehen ist, erbt der Mann die Hälfte des Nachlasses. — **G. G. 24.** Ja, wenn die Mitgliedschaft bei der Kasse nach Eintritt in das Heer fortgesetzt wurde. — **Karl 75.** An die Wollschmiedengesellschaft.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Mild, zunächst zeitweise aufklarend, doch meist trübe und etwas neblig; später weithin fortgesetzte Regenfälle.

Leipzigerstrasse
 Alexanderplatz
 Frankfurter Allee



Leipzigerstrasse
 Alexanderplatz
 Frankfurter Allee

Donnerstag
 soweit Vorrat

Treiwerte Lebensmittel

Fische und Fleisch
 nur Leipziger Str. u. Alexanderpl.

Fleisch

- Kalbskeule im ganzen, Pfund **1⁴⁰**
- Kalbsnierenbraten **1⁴⁰**
- Kalbsvorderfleisch **1³⁵**
- Kalbshaxe . . . Pfund **90** Pf.
- Schmorfl. mit Knochen-Bellage . Pfund **1⁵⁰**
- Gulasch Pfund **1³⁰**
- Roastbeef mit Knochen Pfund **1⁴⁰**
- Hammelkeule u. Rücken im ganzen, Pfund **1⁶⁰**
- Hammelfleisch Pfund **1⁵⁰**
- Gehacktes Pfund **1³⁰**
- Rinderkamm . . Pfund **1³⁰**

Wurstwaren

- Sülzwurst Pfund **1³⁰**
- Zwiebelwurst Pfund **1³⁰**
- Landleberwurst Pfund **1⁶⁵**
- Jagdwurst Pfund **2⁰⁰**
- Feine Leberwurst . . . Pfund **2¹⁰**
- Knackwurst m. Knoblauch, Pfund **2³⁰**
- Teewurst Pfund **2⁹⁰**
- Zervelatwurst Pfund **2⁹⁰**
- Kraftfleisch Dose **1⁶⁵**

Obst und Gemüse

- Apfelsinen . Dutzend **60, 75, 95** Pf.
- Stern-Relnetten . . . 2 Pfund **45** Pf.
- Schweizer Tafeläpfel Pfund **25** Pf.
- Kohlrüben Pfund **5** Pf.
- Mohrrüben 2 Pfund **15** Pf.
- Schwarzwurzel Pfund **15** Pf.
- Weißkohl (dänischer) . Pfund **10** Pf.
- Wirsingkohl (holländisch) Pfd. **15** Pf.
- Spinat 2 Pfund **35** Pf.

Fische

- Leb. Plötzen . . Pfd. **65** Pf.
- Leb. Schleie Pfund **1⁵⁰**
- Leb. Forellen Pfund **3⁰⁰**
- Kabeljau im ganz, ohne Kopf . Pfund **65** Pf.
- Schellfisch . Pfund **65** Pf.
- Goldbarsch . . Pfund **50** Pf.
- Schollen Pfund **50** Pf.
- Schellfisch Jülander . . Pfund **85** Pf.
- Grüne Heringe Pfd. **50** Pf.
- Seemuschelein 100 Stück **35** Pf.
- Salzheringe zum Einlegen 10 Stück **35** Pf.

Räucherwaren und Fischkonserven

- Pomm. Sprotten . . 1/2 Pfund **55** Pf.
- Fettbücklinge . . . Stück **12, 18** Pf.
- Sprottbücklinge . . 1/2 Pfund **45** Pf.
- Makrelbücklinge . . . Stück **36** Pf.
- Goldfische Stück **36** Pf.
- Bismarckheringe 1-Pfund-Feldpostpackung in Karton **90** Pf.
- Delikateß-Heringe
- Hering in Gelée
- Senf-Heringe
- Pfeffergurken

- Delikateß-Heringe Dose **80** Pf., **120**
- Muschelfleisch in Kraft-Gelée, 1/2 D. **65, 85** Pf.
- Appetit-Sild Dose **60, 70** Pf.
- Ia Matjes-Gabelbissen Dose ca. **125**
- Norw. Sardinen in Öl, Dose **50, 70** Pf.
- Belg. Sardinen in Tomaten-Oel, Dose **50, 65** Pf.
- Kleine Makrelen in Tomaten-Oel, Dose **75** Pf.
- Neunaugen 3 Stück Dose **75** Pf., 6 Stück **120**
- Bratheringe 4-Liter-Dose **5⁵⁰**
- Senigurken 5-Liter-Dose **3⁸⁰**

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreise.

Stralauer Viertel, Bezirk 298 I. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maurer

Wilhelm Kussatz

Stralauer Allee 20b, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 28. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Nachruf

zum Sterbepunkte meines lieben Mannes, unseres unvergeßlichen Bruders, des Reservisten

Eduard Kriehn

gestorben am 25. Januar 1916.

Im treuen Gedenken 1916

Suisse Kriehn geb. Czarnetzki als Gattin, Johanna Neumann und Hedrich Bernhard als Schwestern, Wilhelm als Bruder.

Du jagst hinaus in Felde und Mars deutsche Recht zu streiten. Du mußt dort für Vaterland Den Heldentod erleiden. Die Freude Deiner Wiedertehr Bar nicht vergönnt den Deinen, Und mögen sie auch noch so sehr Ihr Liebtes nun beweinen. Nun ruhe sanft im Heiligengrab, Befreit von allen Schmerzen, Die Liebe, die Dich bei uns umgab, Leb' fort in unsern Herzen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Holzleger

Emil Kummert

Rigauer Str. 105

am 23. Januar gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 27. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichshagen aus statt. 1312

Um rege Beteiligung ersucht 111/3 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.

Allen Freunden und Bekannten welche bei der Beerdigung meiner lieben Frau gefolgt sind, den Sängern und dem Kollegen Schmalz sage ich meinen herzlichsten Dank. 1312

Joh. Rein.

Mit allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein innigster Mann, unser unvergeßlicher Vater, Schwieger- und Großvater, der Puzer

Wilhelm Kussatz

nach schwerem Leiden im 71. Lebensjahre am 24. Januar sanft entschlafen ist.

Dies zeigen tiefbetrubt an die trauernde Gattin Pauline Kussatz geb. Bender, Georg Kussatz, Frau u. Kinder, Otto Kussatz und Frau, Paul und Wilhelm Kussatz.

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 28. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Männer-Gesangverein „Allegro-Anakreon“.

M. d. D. A.-S.-B.

Allen Mitgliedern und Freunden die traurige Nachricht, daß der unerwartete Tod am 23. Januar unseren lieben Sangesbruder

Hermann Fabian

im 60. Lebensjahre von uns genommen hat.

Die Beerdigung findet morgen Freitag, den 28. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes in Reuthofen, Hermannstraße, aus statt.

Ein lieber Freund, ein guter Sangesbruder geht von uns.

Ein ehrendes Andenken verbürgt ihm sein jetzt abgeschlossener Lebenswandel.

Der Vorstand.

Arbeiter

Gesundheits-Bibliothek
 Jedes Heft 20 Pfg.

Nachruf.

Gewidmet zum 33. Geburtstag, d. 27. Jan. 1916.

Den Heldentod fürs Vaterland erlitt infolge Bauchschuß am 20. Juli 1915 mein geliebter Mann, der treuergebende Vater eines einzigen Söhnchens, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager, Onkel, Neffe und Cousin, der Former

Hermann Dörfer,

Wehrmann im Landst.-Inf.-Reg. Nr. 19, 4. Bat., 1. Komp.

Seine schwergeprüfte Gattin

Emma Dörfer

geb. Scholz

nebst Söhnchen Herbert.

Berlin N. 20, Wriezener Str. 28.

Es ist bestimmt in Gottes Rat, daß man dem Liebsten, was man hat, muß scheiden.

Westmann's Trauermagazin

Größte Auswahl. Billigste Preise.

I. Mohrenstraße 37a (Kolonaden)

II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andrastr.)

Auswahlensendungen sofort. Amt Zentrum 7890.

Samstag 12-2 Uhr geöffnet.

Haben Sie Fußbeschwerden?

empfehle nach Maß passend gearbeitete Stützleinen (sowie Bruchbandagen aller Art, Leibbinden, Stützcorsets usw., Kräfte zur Gesundheits- u. Strampflege. * Pollmann, Bandagist, Berlin N, Lothringer Str. 60, Lieferant für Krankenkassen.

Richard Müller

im 58. Lebensjahre.

Dies zeigt, um stille Teilnahme bittend, an die trauernde Witwe Marie Müller geb. Reßmann.

Die Beerdigung findet Freitag, den 28. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Kirchhofes, Seestraße, aus statt.

Deutscher Banarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin, Bezirk Stralau.

Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß am 24. Januar der Puzer

Wilhelm Kussatz

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht 140/6 Die örtliche Verwaltung.



Es zieht!

Wie leicht holt man sich dabei eine Erkältung oder doch wenigstens eine lästige Heiserkeit.

Waldner TABLETTEN

schützen davor, denn sie erhöhen den Speichelfluß und beugen so, auf natürliche Weise desinfizierend, den Folgen einer Erkältung vor. Sie enthalten keine Mineralien und wirken daher nicht ätzend, sondern eher günstig auf die Verdauung. Schachtel mit 400 Tabletten in allen Apotheken und Drogerien Nr. 1. - Warnung vor Nachahmungen! - Verlangen Sie stets „Waldner“.